

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mark pro Monat, 1.00 Mark monatlich, 3.00 Mark vierteljährlich, 10.00 Mark jährlich. Einzelhefte 10 Pfennig. Sonntagsblätter 10 Pfennig. Auslandsendungen 1.00 Mark pro Monat. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. In Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4.00 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheften Anzeigen je Zeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternotizen 50 Pf. Kleine Anzeigen, das heißt solche, die nicht mehr als 2 Zeilen betragen, jedes mal ein Wort 10 Pf. Einmalige und Einschaltensanzeigen das erste Wort 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer zahlen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Mittwoch, den 13. Juni 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

England und Frankreich an Rußland

Kein Separatfrieden mit Rußland.

Die Zeitschrift „Der Türmer“ richtet in ihrem sechsten erschienen zweiten Jahrgang scharfe Angriffe gegen den „Vorwärts“, weil dieser geschrieben hätte:

„Das revolutionäre Rußland wird die Pflichten, die ihm ein Völkerbündnis gegenüber seinen Bundesgenossen auferlegt, nicht verletzen, es hat nicht die Absicht, sich zu entmannen, um Deutschland zu westlichen Eroberungsplänen die Arme freizumachen, es will keinen Lösungen des Friedensproblems zustimmen, die dem Selbstbestimmungsrechte der Völker widersprechen, indem sie nichtdeutsche Volksteile militärisch oder politisch in deutsche Hand bringen.“

„Der Türmer“ meint, daß wir mit diesen Ausführungen „für den Feind und gegen das eigene Vaterland Partei ergriffen“ hätten. In Wirklichkeit haben wir nur die Absichten Rußlands richtig interpretiert, die Dinge dargestellt, wie sie sind, und haben zugleich vor Illusionen gewarnt, auf die sich eine falsche Politik gründen könnte.

„Der Türmer“ und die ihm Gleichgesinnten überschätzen auch den Einfluß des „Vorwärts“ auf das revolutionäre Rußland, wenn sie meinen, er könnte es zum Verlassen seiner Grundbesätze bewegen, die von allen Regierungen die Bereitschaft zu einem allgemeinen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen fordern. Dieser allgemeine Frieden ist auch das Ziel der deutschen Sozialdemokratie, die durch ihr rastloses Streben nach ihm dem deutschen Volk am besten zu dienen überzeugt ist.

Englands Antwort an Rußland.

Zur Revision der Kriegsziele bereit.
 London, 11. Juni. (Reuter.) Die vom 3. Juni datierte Antwort der englischen Regierung auf die russische Note über die Kriegsziele der Alliierten lautet:

Am 3. Mai erhielt Seine Majestät Regierung durch den russischen Gesandten eine Note von der russischen Regierung mit der Erklärung ihrer Kriegspolitik. In dem Aufruf an das russische Volk, der in der Note enthalten ist, wird gesagt, daß das freie Rußland nicht andere Völker zu beherrschen, noch ihnen ihr angestammtes nationales Erbe zu nehmen oder fremdes Gebiet gewaltsam zu besetzen beabsichtigt. Dieser Gesinnung stimmt die englische Regierung von Herzen zu. Sie ist in den Krieg nicht als einen Eroberungskrieg eingetreten und sie setzt ihn für kein solches Ziel fort. Ihre Absicht beim Ausbruch des Krieges war, den Bestand ihres Landes zu verteidigen und die Achtung vor den zwischenstaatlichen Verpflichtungen zu erzwingen. Zu diesen Zielen ist jetzt noch das der Befreiung der durch fremde Gewaltherrschaft unterdrückten Völkerschaften hinzugekommen. Die englische Regierung freut sich daher herzlich, daß das freie Rußland die Absicht der Befreiung Polens angelündigt hat, nicht nur des von der alten russischen Autokratie beherrschten Polens, sondern in gleicher Weise des unter der Herrschaft des deutschen Kaiserreiches befindlichen Polens. Zu diesem Schritte wünscht die englische Demokratie Rußland gutes Gelingen. Vor allem müssen wir nach einer Regelung streben, die das Glück und die Zufriedenheit der Völker sichern und allen berechtigten Anlaß für einen zukünftigen Krieg beseitigen wird. Die englische Regierung vereint sich herzlich mit ihren russischen Alliierten in der Annahme und Wilsigung der Grundzüge, die von dem Präsidenten Wilson in seiner historischen Botschaft an den amerikanischen Kongreß niedergelegt sind. Das sind die Ziele, für die die britischen Völker kämpfen, das sind die Grundzüge, von welchen ihre Kriegspolitik jetzt und in Zukunft geleitet wird. Die englische Regierung glaubt, daß die Abmachungen, die sie von Zeit zu Zeit mit ihren Alliierten getroffen hat, mit diesen Leitgeden übereinstimmen. Aber, wenn die russische Regierung es wünscht, ist sie vollständig bereit, diese Vereinbarungen mit ihren Alliierten zu prüfen und, wenn nötig, zu revidieren.

Man versteht diese englische Antwort an Rußland wohl nur dann richtig, wenn man annimmt, daß sie den Zweck verfolgt, durch Verhandlungen Zeit zu gewinnen und das Schwungrad der Kriegsmaschine, das in Rußland auf dem toten Punkt angelangt ist, wieder in Gang zu setzen. Dies aber soll durch die russische Konterrevolution geschehen, die das imperialistische Bürgertum wieder in den Sattel hebt und für deren Zustandekommen in England fleißig gearbeitet wird.

Heber Österreich „nichts beschlossen“.

Bern, 12. Juni. Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob der Oesterreich-Ungarn betreffende Satz in der Antwort der Alliierten auf Wilsons Friedensnote dahin auszuliegen sei, daß dieses in mehrere selbständige Staaten zerlegt und den Tschechen, Slowaken und den anderen ihm unterworfenen Völkerschaften eine angemessene Form der Selbstregierung gewährt werden solle, antwortete Lord Robert Cecil, die Alliierten beabsichtigten, diesen Völkerschaften zur Freiheit zu verhelfen, hätten aber über die näheren Umstände noch nichts beschlossen.

Frankreich will Elsaß-Lothringen.

Petersburg, 11. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die französische Regierung hat hier eine Note übergeben lassen, welche dieselben Erklärungen enthält, wie die englische, und hinzufügt, daß Frankreich, in dem Wunsch nach Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen, das ihm vormals mit Gewalt entzogen worden sei, gemeinsam mit seinen Alliierten bis zum Siege kämpfen werde, um diesen Provinzen ihre Rechte auf ihr unverkürztes Gebiet und auf wirtschaftliche und politische Selbstständigkeit zu sichern.

Eine Note Amerikas an China.

Aufforderung zur nationalen Einigkeit.

Chinas Verhältnis zu Deutschland hat zwar zum Abbruch der Beziehungen mit Deutschland geführt, aber das ist in den Augen der Entente nur eine Halbheit. Sie geht aufs Ganze und will den Kriegsanschluss, denn nur der bedeutet das Ende des Deutschhandels im Reich der Mitte. Auf die Beseitigung dieses Konkurrenzortes kommt es an. Jetzt, wo in der chinesischen Kriegsstärke schwerste Hemmungen durch den Streit der obersten Instanzen eingetreten sind, macht sich Präsident Wilson ans Werk, um die Sache zu erwünschtem Ende zu schieben. Das Neuterische Bureau erzählt, daß die Vereinigten Staaten an die Alliierten und auch an China eine Note gerichtet haben, in der sie den inneren Zwiespalt in China beklagen und auf die Notwendigkeit nationaler Einigkeit verweisen. Die Note schlägt vor, daß in irgendeiner Form eine gemeinsame Erklärung an China gerichtet werden solle. Die Haltung der anderen Alliierten ist noch nicht bekannt, da ihre Antworten noch nicht abgegangen sind.

Die „nationale Einigkeit“, auf die Amerika drängt, bedeutet nichts anderes, als den Entschluß zur Kriegsbereitschaft mit den europäischen Binnenmächten, die vom Weltverkehr ausgeschlossen werden sollen. Ist der Entschluß nicht freiwillig zu haben, so nimmt man ihn ebenso willig aus bergewaltiger Faust entgegen. Wird die gemeinsame Erklärung der Ententemächte an China eine Drohung sein? Soll das Rezept, nach dem das kleine Griechenland behandelt wurde, nunmehr in großem Stil gegen das riesige China versucht werden?

Daß die Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit die Führung übernehmen, kann in Japan keinesfalls als willkommenes Ereignis wirken. Im Verlauf des Weltkrieges hatte sich das Verhältnis der Ententemächte zu China so entwickelt, daß Japan bei wichtigen Aktionen an die Stelle rückte, die bisher von England eingenommen wurde. Jetzt tritt Amerika als die sprechende Vormacht auf. Sicherlich mit Einwilligung Englands. Wie das in Japan aufgenommen wird, ist aus folgender Meldung Reuters aus Tokio zu ersehen: Die amerikanische Note an die chinesische Regierung hat eine gewisse Erregung in der Presse und in der öffentlichen Meinung Tokios hervorgerufen. Gemäßigte gutunterrichtete Politiker glauben, daß die Note die Gegenjäre zwischen den verschiedenen Gruppen in China verschärfen, vielleicht die fremdenfeindlichen Elemente aufreizen und wahrscheinlich die entgegen gesetzte Wirkung haben wird, als beabsichtigt war. Weniger gemäßigte Japaner sind über die Note empört und betrachten sie als amerikanische Einmischung in die innere Politik Chinas.

Es ist also möglich, daß die Note neben der Wirkung, die sie in China haben soll, noch zu Auseinandersetzungen zwischen Japan und Amerika führen wird, Auseinandersetzungen, die längst am Horizont sichtbar sind. Alles, was weltpolitische Zukunftsfrage schien, wirft der Weltkrieg in vierziger Hast beschleunigt auf die Tagesordnung. Eine Spannung zwischen Amerika und Japan könnte aber sehr wohl geeignet sein, die Stimmung in China den amerikanischen Wünschen anzupassen.

Italienische Ministerkrise.

Die Presse muß schweigen.

Bern, 12. Juni. „Agenzia Nazionale“ teilt mit, daß Bissolati, Bonomi, Comandini und Canepa ihre Entlassungsgesuche eingereicht hatten, worauf Bissolati mit Mühe eine Unterredung zwischen Sonnino und Bissolati herbeiführen konnte. Die „Secolo“ meldet, haben die zahlreichen Besprechungen der Minister zu einer Verstärkung geführt. Das Blatt kann jetzt, nachdem die Krise wenigstens für den Augenblick beigelegt ist, mitteilen, daß die letzten Sonnabend durchaus unvermeidlich erschien, daß aber die Zeitungen weder über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ministerrats, noch über die angestrengten Verhandlungen zu deren Beilegung etwas berichten konnten.

Amerikanisch = englisches Kriegswerben.

Von Wolfgang Heine.

Wilson und die englische Regierung fürchten die sozialdemokratische Friedensarbeit unter den Völkern, namentlich den russischen. Deshalb singen sie moralische Lieder von Freiheit und Recht, um sie gewisser zu betören.

Herr Präsident Wilson behauptet zu behaupten, die deutschen Sozialdemokraten hätten sich als Werkzeuge für Pläne der deutschen Regierung gegen die Freiheit der Welt benutten lassen und stünden auch jetzt, wo sie in Stockholm mit den Sozialisten der neutralen Länder verhandeln, wo sie einen Frieden der Vereinbarung statt der Niederwerfung fordern, im Dienste einer Intrige der Regierung. Er hätte sich lieber die Frage vorlegen sollen, weshalb die deutsche Sozialdemokratie trotz ihrer grundsätzlichen Verurteilung eines jeden Krieges, trotz ihrem jahrzehntelangen Sturmangriff gegen den Militarismus, trotz ihrer klaren Einsicht in die imperialistischen Ursprünge dieses Weltkrieges, sich im August 1914 wie ein Mann entschlossen hat, den Kampf ihres Vaterlandes nicht nur nicht zu erschweren, sondern positiv zu unterstützen. Glaubt Herr Wilson wirklich, daß eine Partei, die die größte Zahl von Parteigenossen, die bestausgebildete sozialistische Organisation und das reichste sozialistische Geistesleben der Welt besitzt, sich von einer Regierung, die ihr weder zu Liebe noch zu Vertrauen Anlaß gegeben hatte, einfach „benutzen“ ließe? Dann kennt er, der der Welt Demokratie lehren will, das Wesen eines Volkes schlecht.

Kein, als der Krieg ausbrach, den zu verhindern die deutschen Sozialdemokraten sich bis zum letzten Augenblick bemüht hatten, drohten die Feinde, daß die an Zahl übermächtigen russischen Heere Deutschland „niedermäßen“ würden. „Deutschland“, das bedeutet für den deutschen Sozialdemokraten nicht die Herrschaft einer von ihm selbst bekämpften Klasse, sondern die Früchte deutscher Arbeit, auch jahrzehntelangen sozialistischen Wirkens und die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft unserer Nation. Vergesse man nicht: es war das zarische Rußland, das uns mit der Mobilmachung an den deutschen Grenzen entgegentrat, ehe noch ein Deutscher zu den Waffen gerufen war. Derselbe Zarismus, der daheim die Arbeiterorganisationen zertrümmerte und die Sozialisten an den Galgen und nach Sibirien schickte. Und diese Gewalttäter verführten von Anfang an, sie wollten wichtige, von Deutschen bewohnte, unter deutscher Kultur in Jahrhunderten emporgeblühte Provinzen abreißen und den österreichischen Nachbarstaat zertrümmern, das heißt, das dann isolierte und geschwächte Deutschland dauernd zur Ohnmacht verurteilen. Solche Drohung läßt ein starkes Volk von 70 Millionen sich nicht gefallen. Deshalb sind wir deutschen Sozialdemokraten eingetreten nicht für die deutsche Regierung, sondern für das deutsche Volk, besonders auch für die Erungenschaften sozialer Reform, die Deutschland der Sozialdemokratie verdankt.

Wir wußten, daß dieser Krieg in dem wurzelt, was man „Imperialismus“ nennt, in dem Streben, gewaltige große Reiche zu schaffen, die ein einheitliches Gebiet der Ausübung politischer und wirtschaftlicher Kräfte im Interesse vor allem der Ruhnießer von Macht und Reichtum bilden sollen. Wir haben nie geleugnet, daß auch in Deutschland solche Bestrebungen am Werke gewesen sind und die Politik des Reichs unheilvoll beeinflusst und noch mehr nach außen bloßgestellt haben. Aber was bedeutet die Reden einiger Phantasten der Unterdrückungspolitik in Deutschland gegenüber den zielbewußten und erfolgreichen Eroberungen, die die Träger des Imperialismus in England und Rußland, in Frankreich und — Herr Wilson weiß es ja ganz genau — in Amerika gemacht haben? Wie klein nehmen sich die kolonialen Eroberungen Deutschlands aus neben den Riesengebieten, die seit der Gründung des Deutschen Reichs diese seine vier Hauptfeinde sich unterworfen haben, die jetzt nach der Behauptung von Wilson und der englischen Regierung den Krieg für die unterdrückten Völker führen! — Wilson spricht von den „Intrigen“, die Deutschland „über Bagdad hinaus“ angeponnen habe. Denkt Wilson nicht daran, daß die Bagdadbahn mit internationalem Kapital gebaut werden sollte, und daß es nicht Deutschlands Schuld ist, wenn England und Frankreich sich davon ausschlossen? — Glaubt er, die russischen Genossen wüßten nichts von den Intrigen und Gewalttaten gegen die Unabhängigkeit Ägyptens, Afghanistans und Persiens, und davon, daß England sich jetzt anschickt, die lang ersehnte Landbrücke vom Mittelmeer bis zu seinen indischen Besitzungen zu erobern? —

Die Friedens- und Freiheitsapostel in Washington und London bemühen sich jetzt von neuem, die russische Kampfmalze gegen Deutschland in Bewegung zu setzen und fündigen die „unvermeidliche Niederlage“ Deutschlands an. Wenn

diese Politik plücker, wäre das nicht die Freiheit der Welt, sondern die Weltbeherrschung des englisch-amerikanischen Großkapitals. Heute schon hat sich dieses auch in Rußland des Handels und der Ausbeutung von Naturerzeugnissen bemächtigt, und seine Sendboten kommandieren in den Häfen und an den Grenzen Rußlands; sie suchen das russische Volk von seinen sozialistischen Brüdern in der ganzen Welt abzusperrern, um es in neue Blutopfer hineinzutreiben. Wilson, der die „Gutmachung geschehenen Unrechts“ predigt, Lloyd George, der behauptet, England wolle keine Eroberungen, schweigen davon, daß England die deutschen Kolonien geraubt und die werdende europäische Kultur in Afrika in ihren Wurzeln erschüttert hat, indem es den Krieg nach Afrika trug und gegen deutsche Männer und Frauen die Kopeiten barbarischer unwissender Regier entfesselte.

Gewiß, Furchtbares ist in diesem dreijährigen Weltkriege geschehen, entsetzliches Unrecht hat Unschuldige getroffen, derweil die Schuldigen in Goh und Hochmut schwelgen. Jeder Krieg ist gräulich und menschenunwürdig. Ich denke nicht daran, beschönigen zu wollen, daß auch Fehler der deutschen Politik eine Mitschuld an dem Unheil tragen, das die Welt betroffen hat. Aber man vergesse bei unseren Gegnern nicht: Deutschland hatte den lebhaftesten Wunsch, einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden. Wäre das unglückliche französische Volk, dessen Geist und Kultur seit Jahrhunderten von den Deutschen geliebt und geehrt wurde, nicht durch seine Nachbarher in das Bündnis mit dem Jarentum verstrickt worden, so hätte kein deutscher Fuß französischen und belgischen Boden betreten.

Dies Bündnis aber galt der Eroberung von Elsaß-Lothringen; hinzugekommen ist dann das Ziel der Verschlingung Oesterreichs und der Verteilung der Türkei.

Der englisch-französisch-amerikanische Imperialismus leugnet, daß das „Eroberungen“ seien und nennt es die „Freiheit der Völker von einer Herrschaft, unter der sie nicht zu leben wünschten“. Das Joch Englands, das so viele Völker, auch die europäischen Iren tragen, erwähnen sie nicht.

Aber ich will nicht von anderen Staaten reden, nur vom Deutschen Reich. Ich will die Schwächen der inneren Politik preußischer Manier wahrhaftig nicht entschuldigen; wir Sozialdemokraten haben stets auch den Kampf gegen religiöse und nationale Unduldsamkeit geführt für Elsaß und Dänen, für Polen und Juden im Verbands des Deutschen Reiches. Aber Wilson und seine Entente Freunde verschweigen, daß die Elsaßer zum größten Teile deutsch und nicht französisch sprechen, daß Straßburg eine uralte Stätte deutscher Kultur ist, daß die Verfassung des Reichslandes zu den liberalsten in Deutschland gehört und das Wahlrecht des Volkes dort viel ausgedehnter ist als in England.

Wir deutschen Sozialdemokraten wollen, daß Elsaß-Lothringen die volle Stellung eines selbständigen Bundesstaates einnehme, daß sein Volk alle Rechte genieße, die wir für sämtliche deutschen Reichsbürger fordern.

Politische Gleichberechtigung beanspruchen wir auch für Polen und Dänen im Deutschen Reich und haben geholfen, ihnen die Beseitigung der Sprachbeschränkungen zu erkämpfen. Aber das Leben der Staaten und Völker wird nicht nur durch nationalstaatliche Interessen bestimmt. Die Ostgrenze von 1770 würde heute Preußen lebensunfähig machen und eine fortwährende Gefahr für den Frieden bilden. Daß Westpreußen ein paar Jahrhunderte unter polnischer Herrschaft gestanden hat, gibt dem lebenden Rechte der Gegenwart gegenüber kein historisches Recht, uns dies in der Hauptsache deutsche Land zu entreißen.

Die deutsche Sozialdemokratie verlangt eine Kontrolle der äußeren Politik und ihre Basierung auf den Volkswillen und das Menschheitsgewissen, um neue Kriege auszuschließen; unser Ziel ist die Schaffung eines Weltbundes, der den Frieden gewährleistet. Wir wähen auch nicht, daß solche Ziele ohne innere Neugestaltung und Kämpfe erreicht werden könnten. Aber das sind Werke, die jedes Volk für sich allein vollbringen muß; wir lehnen deshalb entschieden die Einmischung Wilsons und seiner Bundesgenossen in unsere inneren Verhältnisse ab.

Das friedliebende deutsche Volk, dessen Stimme schon während des ganzen Krieges oft genug laut geworden ist und jetzt in Stockholm durch die deutsche Sozialdemokratie zur Welt redet, hat kein Interesse an einem Krieg mit einem befreiten russischen Volke, das den Nationalitäten ihre Rechte und seinen Nachbarstaaten ihr Gebiet und ihre Unabhängigkeit lassen will. Es fordert nichts von Rußland und ist bereit, in Frieden und Freundschaft mit diesem bedeutenden kraftvollen Volke sowie mit allen anderen Völkern der Welt zu leben. Dies zu den Parteigenossen aller Länder zu sagen, sind unsere Vertreter nach Stockholm gezogen, nicht als Werkzeuge der Regierung und nicht im Dienste der Imperialisten, die uns vielmehr heftig angreifen. Wir Sozialdemokraten wollen die Stimmen der Völker gegen das scheußliche und sinnlose Blutvergießen erheben, bei dem niemand etwas gewinnen kann, aber die Menschheit zugrunde zu gehen droht. Wir hoffen auf Widerhall bei den anderen Nationen.

Ob das russische Volk Interessen anerkennen will, denen zuliebe es diesen schauerlichen Krieg bis zu der von Wilson und England verlangten Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten fortzuführen genötigt wäre, dieses muß es selbst entscheiden. Aber Wilsons Epistel und die schönen Worte Englands werden nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies dann nicht russische Interessen und nicht solche der Menschheit und Kultur sein würden, sondern die imperialistischen Bedürfnisse des englischen und amerikanischen Großkapitals.

Stockholm.

Verhandlungen über das Friedensproblem.

Stockholm, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Sonnar“) Heute begann die Beratung mit dem holländisch-schwedischen Komitee über das Memorandum der deutschen Delegation, in dem der Fragebogen über das Friedensproblem beantwortet wird. Auf Antrag der deutschen Delegation wurde dem Fragebogen die Frage hinzugefügt, was die einzelnen sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern während des Krieges zugunsten des Friedens unternommen hätten.

Dies veranlaßt, daß den Franzosen, den Engländern und den Amerikanern in ihren Pässen für Rußland ein einseitiger Aufenthalt in Stockholm bewilligt werden soll, wodurch man ihnen Gelegenheit geben will, sich mit Branting zu besprechen.

Die Vertreter der deutschen Arbeiterpartei sind gestern nicht eingetroffen. Man vermutet hier, daß sie erst zur allgemeinen Konferenz kommen wollen.

Englische Einzelangriffe in Flandern — Reiterattacke östlich Messines — Französische Angriffe gegen die zurückeroberten Gräben bei Cerny — Lebhaftere Gefechts-tätigkeit an der Ruffenfront, besonders bei Brzezany — Maibilanz der Luftkämpfe.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 12. Juni 1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der flandrischen Front war die Artillerietätigkeit abends bei Ypern und südlich der Douve gesteigert.

Nachmittags ritt englische Kavallerie gegen unsere Linien östlich von Messines an; nur Trümmer kehrten zurück.

Südlich davon bei Gut Kruis angreifende Infanterie wurde durch Gegenstoß geworfen.

Im Artois war besonders im Lens-Bogen sowie in und südlich der Scarpe-Niederung die Feuer-tätigkeit lebhaft.

Bei Fromelles, Reuve Chapelle und Arleux vordringende englische Erkundungsabteilungen sind abgewiesen worden.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Gegen die von uns beim Vorstoß westlich von Cerny am 10. 6. besetzten Gräben führten die Franzosen gestern fünf Gegenangriffe, die sämtlich verlustreich im Feuer und Nahkampf scheiterten.

Der Artilleriekampf erreichte nur nördlich von Bailly und am Winterberg vorübergehend größere Stärke.

In der Ost-Champagne schlugen bei Tahure und Banquois französische Erkundungsabteilungen fehl.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Düna, bei Smorgon, Baranowitschi und besonders bei Brzezany und an der Karajowka ist die Gefechts-tätigkeit wieder lebhaft geworden.

Mazedonische Front.

Zwischen Predpa-See und der Ost-Cerna sowie vom rechten Barden-See bis zum Dojran-See zeigte sich die Artillerie tätiger als in letzter Zeit.

In dem an gesteigerter Kampftätigkeit reichen Monat Mai haben auch die Luftstreitkräfte in ihren vielseitigen Aufgaben große Erfolge erzielt.

Neben den Kampf- und Infanteriefliegern bewährten sich besonders die für Feuerleitung und Beobachtung unentbehrlichen Artillerieflieger, deren Leistungen durch die Fesselballonbeobachter wertvoll ergänzt wurden.

Wir verloren im Westen, Osten und auf dem Balkan 79 Flugzeuge und 9 Fesselballone.

Von den abgeschossenen feindlichen Flugzeugen sind 114 hinter unseren Linien, 148 jenseits der feindlichen Stellungen erkennbar abgeschürzt. Außerdem haben die Gegner 26 Fesselballone eingeholt und weitere 23 Flugzeuge, die durch Kampfeinwirkung zur Landung gezwungen wurden.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 12. Juni 1917, abends.

In Flandern zeitweilig lebhafter Feuerkampf. Südwestlich von Lens sind englische Angriffe im Nahkampf gescheitert.

Im übrigen nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, 12. Juni 1917. (W. L. S.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Ungarn neuerliches Anwachsen der feindlichen Artillerie- und Flieger-tätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe in den Sieben Gemeinden dauerten fort. Die italienischen Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen den Monteorno, den Monte Ghisa und die Grenzhöhen nördlich davon. Im südlichen Teil dieses Raumes scheiterten sie in den Nachmittagsstunden schon in unserem Geschützfeuer. Auf dem Grenzflam fingen unsere Truppen starke feindliche Stöße im Bajonett- und Handgranatenkampf auf. Am Mitternacht brach der Gegner zwischen dem Monteorno und dem Grenzflam abermals mit erheblichen Kräften vor. Sein Beginn blieb wieder erfolglos. Souß an der italienischen Front nichts Neues.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ein italienisches Flugzeuggeschwader belegte Durazzo mit Bomben. Mehrere Albaner wurden getötet.

Der Chef des Generalstabes.

Die Passfrage im Unterhaus.

London, 12. Juni. Unterhaus. Terrel (Unionist) beantragte Vertagung des Hauses, um dagegen Beschwerde zu erheben, daß die Regierung Ramsay MacDonald und Jowett Pässe gewährt habe. Bonar Law rechtfertigte die Handlungsweise der Regierung und sagte, die einzige von der Regierung erwogene Frage sei die gewesen, welches der beste Weg im Interesse der Fortsetzung des Krieges sei. Bonar Law betonte, welche Mißverständnisse die Folge einer Verweigerung der Pässe gewesen wären, und erwähnte, daß Buchanan, nachdem er die Gründe der russischen Regierung gehört hatte, nachdrücklich darauf verwiesen habe, daß die englische Regierung großen Schaden anrichten würde, wenn sie die Pässe verweigerte, und daß Henderson so stark wie nur irgend möglich dazu geraten habe, im Interesse des Krieges diesen Männern zu erlauben, nach Rußland zu gehen. Der Antrag wurde daraufhin abgelehnt.

Englische Delegierte zu Schiff nach Rußland.

Amsterdam, 12. Juni. „Handelsblad“ meldet aus London: Hier wird kaum bezweifelt, daß die Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei trotz aller Schwierigkeiten ins Ausland abreisen werden. Die Seemannsgewerkschaft in Glasgow erbot sich, die Bemannung für das Schiff zu stellen, auf dem die Vertreter reisen können.

London, 12. Juni. Neutermeldung. Frau Panthurst, Fräulein Kenny und der Vertreter der Fabian-Gesellschaft West sind heute früh mit dem Schiff nach Petersburg abgefahren, auf dem auch die Vertreter der Arbeiterpartei reisen wollten.

Italiens albanische Aktion.

In italienisch offiziellen Kreisen ist man, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, bemüht, die Besetzung Janinas als möglichst harmlos und als eine rein militärische vorläufige Maßregel hinzustellen, die nicht mit der albanischen Proklamation zusammenhänge. Nur „Idea Nazionale“ vertritt, daß die Maßregel gegen die venizelistische Regierung gerichtet sei, die ihre Herrschaft auch auf dem Epirus auszudehnen suche. Es bleibe abzuwarten, wie die Verbündeten Italiens diesen Schritt aufnehmen werden.

Eine Äußerung der Entente, die sich auf die Besetzung Janinas bezieht, auf die Gewicht zu legen wäre, ist noch nicht ergangen. Wohl aber liegt eine Neutermeldung aus London vor, die sich auf den allgemeinen Fall des italienischen Vorgehens in der albanischen Politik bezieht. Das Reutersche Bureau erklärt nämlich, erfahren zu haben, daß die italienische Erklärung eines albanischen Protektorats eine militärische Maßnahme sei. Die Zukunft Albanien werde nach den auf der Londoner Konferenz angenommenen Beschlüssen geregelt werden. Mit anderen Worten: Sie hänge vom Ausgang des Krieges ab und ist nach wie vor eine Frage, die der Friedenskongress zu lösen haben wird. Die Entente läßt also Italien gewähren, ohne sich für die Zukunft zu binden.

Der Oberkommissar für Griechenland.

„Progres de Lyon“ schreibt, es bestimme sich, daß Jonnart zum Oberkommissar für Griechenland ernannt worden sei. Man habe Jonnart zuerst als französischen Botschafter in Athen auszuweisen, der Posten eines Oberkommissars der Schutzmächte ver-setze ihn aber in die Lage, namens aller alliierten Regierungen mit mehr Nachdruck handeln zu können. Wie von anderer Seite verlautete, ist die Ernennung Jonnarts auf der Londoner Entente-konferenz, die in den letzten Ratagen stattfand, beschlossen worden. Jonnart, der ein Jahrzehnt lang Generalgouverneur von Algier, später Minister des Auswärtigen und zuletzt in hohem Posten bei der Suezkanal-Gesellschaft war, soll, wie es heißt, die Aufgabe haben, zu verhindern, daß die thessalische Ernte in die Hände der griechischen Regierung in Athen gelangt. Er soll sie für Saloniki sichern. Sein Amt ist also ein Gegenstoß gegen die Gefahr, die der Armee Sarraills durch die U-Boot-Aktion im Ägäischen Meere droht.

100 Milliarden französische Kriegskosten.

Paris, 12. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Der Bericht des Haushaltsausschusses der Kammer über die vorläufigen Kredite für das dritte Vierteljahr 1917 ist soeben fertiggestellt worden. Der Ausschuh hat diese Kredite auf 9 071 330 000 Frank berechnet, während die Regierung 9 843 272 000 Frank gefordert hatte. So wird die Kammer seit Kriegsbeginn 93 Milliarden und mit Einschluß der Vorschüsse an die Alliierten 100 Milliarden bewilligt haben.

Der österreichische Reichsrat arbeitet.

Clam-Martini über die Friedensmöglichkeiten.

Das Gesetz betreffend die Verringerung der Geschäftsbordnung ist in Kraft getreten, nachdem es am Montag auch im Herrenhaus zur Beratung gestanden hat. Auch dort spielten sich noch lebhaft Kämpfe über die parlamentarische Verhandlungssprache ab, wobei der frühere Handelsminister Fort (Tische) für die Zulassung der nichtdeutschen Sprachen, der gewesene Justizminister Klein für die deutsche Verhandlungssprache eintrat. Der Pole Wlinski verteidigte den im Abgeordnetenhause angenommenen Antrag Franta, der die Zulassung auch der nichtdeutschen Sprachen in das stenographische Protokoll verlangt.

Das Abgeordnetenhause begann am Dienstag mit der ersten Lesung des Budgetprovisoriums, die der Ministerpräsident Graf Clam-Martini mit einer Regierungserklärung einleitete. Der Minister sprach über die unsäglichen Opfer, die das fürchterliche blutige Ringen verlangt habe. Doch siehe die Monarchie nach 34 Kriegsmo-naten fester denn je. Der Ministerpräsident feierte die Armee und sagte: „Hinsichtlich der auswärtigen Lage sind Aussichten und Möglichkeiten zur Verbeiführung eines ehrenvollen Friedens vorhanden“. Der Ministerpräsident besprach dann Fragen der inneren Politik. Er sagte dabei u. a.: Wenn in der Reihe von Erklärungen in der Eröffnungssitzung das Bekenntnis zum Staate nicht in jener deutlichen Weise hervortrat, wie ich es nach fast drei Kriegsjahren erhofft hatte, so mag der Grund vielleicht in dem nationalen Reizungs-zustande zu suchen sein. — Die hier gehörten Programme können schon deshalb nicht nebeneinander verwirklicht werden, weil sie sich wechselseitig durchkreuzen. Statt jener nicht zu verwirklichenden, mit den Bedürfnissen der Gesamtheit und mit den unveräußerlichen Rechten, ja untereinander selbst im Gegensatz stehenden Programme will die Regierung ein Programm bieten, das alles das, was jene Vorschläge an den wirklichen Volksbedürfnissen Entsprechendem, Erfüllbarem, Realem enthalten, zusammenfaßt und in Uebereinstimmung bringt.

Das Ministerium Esterhazy.

Sozialdemokraten in der Regierung?

Budapest, 12. Juni. (L. U.) Bisher haben von den fünf Oppositionsparteien die Verfassungspartei, die katholische Volkspartei und die Karolhi-Gruppe prinzipiell ihre Unterstützung und Teilnahme am Kabinete ausgedrückt, ebenso die Demokratenpartei. Der Standpunkt der größten Oppositionspartei, der Unabhängigkeitspartei, ist noch nicht geklärt. Das Kabinete bringt eine radikale Wahlreform, die bereits die Zustimmung der Sozialdemokraten und Demokraten gefunden hat, und wird sich voraussichtlich auch entgegen der bisherigen Kombination zur Ratifizierung eines zwanzigjährigen Wirtschaftsausschusses mit Oesterreich einverstanden erklären.

Falls eine Einigung auch mit der Unabhängigkeitspartei erzielt werden kann, wird Graf Apponyi Innenminister werden. Die übrigen Ministerien werden unter die Minoritätsparteien verteilt werden. Die Sozialdemokratische Partei wird ihre Vertreter ins Ministerium für soziale Fürsorge und ins Volks-ernährungsamt entsenden.

Krieg gegen die Fahnenflüchtigen.

Petersburg, 12. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Bekanntlich beschloß die Regierung strenge Maßnahmen gegen die Fahnenflüchtigen zu ergreifen, indem sie ihnen das Wahlrecht für die konstituierende Versammlung entzog. Diese Maßregel entspricht durchaus der Auffassung der Bevölkerung, die einen er-

bitteren Krieg gegen die Fahnenflüchtigen führt. In Riens und Charlow unterstützte die Menge tatkräftig die Bemühungen der Truppen, die Fahnenflüchtigen festzunehmen und zur Rückkehr in die Front zu zwingen. Wie zahlreiche Nachrichten in den Zeitungen bezeugen, weigern sich die Bauern, die Hüchlinge von der Front bei sich aufzunehmen. Die Angestellten der Stadtbahn suchen gegenwärtig alle Drückberger ausfindig zu machen, wobei sie wohlhabende Leute auf schlecht bezahlten Posten antreffen, und zwingen sie, sich der Armee wieder anzuschließen. In Esterinodar kamen die Soldaten der Menge zu Hilfe und machten Jagd auf die Fahnenflüchtigen.

Die Unruhen in Lissabon.

Amsterdam, 12. Juni. Ueber die Unruhen in Lissabon im verflachten Monat meldet der Korrespondent der „Times“ noch die folgenden Einzelheiten: Die Krise in Lissabon ist infolge des Kohlen- und Baumwollmangels, des Schließens der Fabriken und der Aussicht auf Hungernot vergrößert worden. In der letzten Woche war Lissabon, fast ohne gewarnt zu sein, so gut wie ohne Brot und vollständig ohne Gas. Ueber eine Woche sind die Väterläden in der ganzen Stadt geschlossen gewesen. Vor einer Woche hat die Regierung den Getreidevorrat, der in der Stadt noch vorhanden war, übernommen. Weil kein Mehl mehr vorhanden war, wurden am folgenden Tage sämtliche Bäckereien der Rova Companhia Nacional de Roagem geschlossen, die 900 Bäckereien in der Stadt hat. Die wenigen Bäckereien, die noch Brot backen und verkaufen, wurden belagert und beraubt. Die Polizei mußte sie beschützen. Bäcker vom Lande, die versuchten, Brot in die Stadt zu bringen, wurden gleichfalls verschiedenlich überfallen und beraubt. Die Lissaboner Bevölkerung ist weiter über die unerhörten Kartoffelpreise entrüstet, welche die Kartoffelhändler zu fordern wagen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 11. Juni. Amtlich. Durch unsere U-Boote sind im Atlantischen Ozean u. a. versenkt: Der englische bewaffnete Dampfer „Limerid“ (6827 T.), ein englischer bewaffneter Dampfer von 4500 T. mit Munition, ein weiterer bewaffneter englischer Dampfer von 8000 T. und ein Dampfer von 4000 T.

Russische Stützpunkte mit Bomben belegt.

Berlin, 11. Juni. Amtlich. Einige unserer Seeflugzeuggeschwader belegten am 10. Juni die russischen Stützpunkte Lebara und Arensburg erfolgreich mit zahlreichen Spreng- und Brandbomben. Ein Teil der militärischen Anlagen ist nahezu völlig zerstört worden. Trotz äußerst harter Gegenwirkung sind die beteiligten Flugzeuge ohne Verluste oder Beschädigungen zurückgekehrt.

Die russischen Stützpunkte Lebara und Arensburg befinden sich auf dem südlichen Teil der Insel Deiel.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Minen an der holländischen Küste.

Amsterdam, 12. Juni. Im Monat Mai wurden an der niederländischen Küste 20 Minen angepflanzt, und zwar 17 englische, eine deutsche und zwei von unbekannter Nationalität. Insgesamt sind damit 2099 Minen an der niederländischen Küste angepflanzt worden. Davon waren 1431 englischen, 65 französischen, 268 deutschen und 335 unbekanntem Ursprungs.

Die Kämpfe im Westen.

Berlin, 12. Juni. (L. U.) In Flandern wurde die übliche Kampftätigkeit der letzten Tage in überraschender Weise durch englische Kavallerieangriffe östlich Messines unterbrochen. In drei Wellen preschten die britischen Reitergeschwader über das Trichtergebiet vor. Was sich nicht in den Reihen des Drahtwerks verfangen, und in Trichtern und Gräben zu Fall kam, brach im deutschen Schnellfeuer zusammen. Das

An der Tisnezfront mühten sich die Franzosen verzweifelt, die am 19. westlich Cerny verlorenen Grabenstücke zurückzunehmen. Am 11. lag vom frühen Morgen an schweres Artillerie- und Minenfeuer auf den gewonnenen Stellungen. Im Anschluß daran versuchten die Franzosen den ganzen Tag über bis in die Nacht hinein nicht weniger als 5 Angriffe. Von diesen wurden zwei bereits durch das deutsche Jägerfeuer auf die gefüllten Gräben im Strome erstickt. Dreimal gelang es den Franzosen, ihre erschöpften Sturmtruppen vorzuführen, und ebenso oft wurden sie nach erbitterten Nahkämpfen mit schweren Verlusten zurückgeworfen.

Englischer Heeresbericht vom 11. Juni nachmittags. Unsere und die feindliche Artillerie zeigt sich südlich von Ypern sehr tätig. Wir schoben unsere Linie südlich von Messines wieder etwas vor. Vom 11. Juni abends. Wir machten südlich von Messines weitere Fortschritte. Am frühen Morgen nahmen wir in der Nähe der Topferei ein feindliches Grabensystem auf einer Front von etwa einer Meile. Während des Tages gewannen wir in dieser Gegend weiteren Boden, erbeuteten mehrere Feldgeschütze und machten einige Gefangene.

Französischer Heeresbericht vom 11. Juni nachmittags. Nennlich große Tätigkeit der beiden Artillerien nördlich der Somme und in der Gegend von Cerny. Westlich dieses Dorfes versuchte der Feind noch einen Handstreich, der abgelehrt wurde. Bei der Höhe 304 und in der Boevre Patrouillen zusammenstöße. An der übrigen Front ruhige Nacht. Vom 11. Juni abends. Zwei feindliche Handstreichre auf kleine Posten bei Courch hatten keinen Erfolg. Zeitweiliges Artilleriefeuer auf dem größten Teile der Front.

Italienischer Kriegsbericht vom 11. Juni. Im ganzen Gebirgsgebiet Kampfhandlungen; besonders zwischen Etsch und Brenta war die Kampftätigkeit gestern härter als gewöhnlich. In der Nacht vom 9. zum 10. Juni wurden auf dem Tonale-Paß, im oberen Obisio-Tal, auf den Abhängen des Casino-Rüdens und im Rosina-Tale feindliche Gruppen zurückgeworfen und verfolgt. Auf der Hochfläche von Asiago hat unsere Artillerie gestern an mehreren Punkten wichtige Verteidigungswerke des Gegners unter Feuer genommen und zerstört. Darauf führten unsere Abteilungen Kühne Vorstöße gegen den Monte Zebio und den Monte Forno durch und bemächtigten sich trotz des herrschenden heftigen Artilleriebeschusses und eines guten Teiles des Monte Ortigara, östlich vom Eiser-Kogel. Diese überaus und mit großer Heftigkeit und Schneid durchgeführten Einbrüche brachten uns 512 Gefangene, darunter 7 Offiziere, ein. Zugleich besaßen unsere Luftgeschwader unter Ueberwindung sehr großer atmosphärischer Schwierigkeiten im Gebiet des oberen Astach- und des oberen Aste-Tales die rückwärtigen Verbindungen des Feindes und viele schwere Batterien erfolgreich; sie sind darauf wohlbehalten zu ihren Stützpunkten zurückgekehrt. In der übrigen Front wurde mehrfach zusammengefaßtes Feuer des Gegners durch unsere Artillerie bekämpft. Auf dem Karst wurden einige Angriffversuche gegen unsere Linien südlich von Castagnavizza glatt abgelehnt; wir haben dabei einige Gefangene gemacht.

Das Munitionstoben bei Wytschaete.

Rotterdam, 11. Juni. Nach einer Depesche des „Nieuwen Rotterdamischen Courant“ aus London meldet der Kriegs-Korrespondent Gibbs aus dem englischen Hauptquartier, daß während der Offensive bei Ypern von der Artillerie einer Division allein 180 000 Granaten aus den Feldbatterien und über 46 000 Granaten aus den schweren Geschützen abgefeuert wurden.

Die schweren englischen Verluste.

Hamburg, 12. Juni. Das „Hamburger Fremdenblatt“ berichtet aus Rotterdam: Die englischen Verluste betragen nach den in englischen Blättern erschienenen Verlustlisten im Dezember 1916 953 Offiziere und 89 711 Mann, im Januar 1917 953 Offiziere und 82 489 Mann, im Februar 1216 Offiziere und 16 277 Mann, im März 1765 Offiziere und 28 709 Mann, im April 4831 Offiziere und 81 629 Mann und im Mai 5919 Offiziere und 107 075 Mann. Zu den Zahlen im Mai gesellen sich noch die der Flotte mit 177 Offizieren und 2347 Mann.

Kleine Kriegsnachrichten.

Lord Denbours Nachfolger. „Manchester Guardian“ erfährt, daß die Regierung dem Abgeordneten der Arbeiterpartei Thomas, das Amt des Lebensmittellkontrolleurs oder des Pensionsamtsleiters anbieten werde. Es bestehe Aussicht, daß Thomas annehme.

Politische Uebersicht.

Sind Armeezeitungen politische Propagandaorgane?

Niemand wird den Feldgrauen ihre Armeezeitungen mißgönnen, soweit sie die Soldaten über die Kriegereignisse auf dem laufenden erhalten, und nebenbei für Zerstreuung, Unterhaltung und Belehrung sorgen. Aber energisch muß dagegen protestiert werden, wenn in den Armeezeitungen eine einseitige politische Propaganda getrieben wird. Dazu sind sie sicher nicht da. Wir konnten schon öfter in Artikeln uns vorliegender Armeezeitungen eine gewisse alldeutsche Färbung bemerken, geradezu eskalant ist aber folgender Fall: Vor uns liegt die Armeezzeitung „Zwischen Maas und Mosel“, Feldzeitung der Armeedivision C. Sie bringt an ihrer Spitze einen Artikel mit der Ueberschrift „Grundfragen zum Frieden“, in dem nicht nur mit gehässigen Ausfällen gegen die Forderung des Friedens ohne Entschädigungen und Annexionen, sondern auch gegen die Demokratisierung unserer inneren Zustände scharf gemacht wird. Diejenigen, welche eine freierliche Ausgestaltung Deutschlands erstreben, werden beschuldigt, „dem Feinde unbewußte Handlangerdienste zu verrichten“. „Verschwommene Träume von Freiheit“, heißt es weiter, „verdunkeln die Erkenntnis der feindlichen Machenschaften.“ Der Artikel sucht es nämlich so darzustellen, als seien alle demokratischen Bestrebungen in Deutschland nur von den Feinden angezettelt, die Vrietracht stiften und die Grundlagen für die Größe des Deutschen Reiches erschüttern wollten, wobei sie leider bei den „urteilslosen Teilen des Volkes“ einen gewissen Anhang fanden.

Die Forderung des Friedens ohne Entschädigungen wird bekämpft, indem ein Bericht des französischen Deputierten Dusmenil zitiert wird, der von Deutschland die Abtrennung der Bergwerke des Saargebiets sowie die Kontrolle über die Zölle, Eisenbahnen, Erz- und Kohlengruben Deutschlands durch die Ententemächte verlangt. Im Anschluß daran heißt es:

„Alle Deutschen, vom Arbeiter bis zum Millionär, mögen sich einmal klar machen, was dabei für sie übrig bleibt. Eine ganz andere Not als die jetzt beklagte würde eintreten und noch von Kindern und Kindeskindern zu tragen sein. Sie mühten ihren Vätern sluden wegen der Kurzsichtigkeit und Schwachheit zu einer Zeit, wo Deutschland neue Bahnen zu künftiger Entwicklung und Größe offen standen.“

Hier wird mit einem geschickten Advoakatenkniff ganz offenbar der Ansicht erweckt, als ob die Anhänger eines Verständigungsfriedens durchaus geneigt

seien, die Forderungen des Herrn Dusmenil zu bewilligen und Deutschlands Bergwerke, Kohlengruben, Eisenbahnen usw. an die Feinde auszuliefern. Eine solche Verleumdung in einer aus Staatsmitteln herausgegebenen Armeezzeitung ist einfach ein Skandal. Wir können es nicht anders bezeichnen, als daß die Herzen der Soldaten vergiftet werden, wenn man ihnen vorredet, daß es in Deutschland Leute gebe, die zu solchem Verrat bereit seien. Und das Gleiche gilt, wenn man die deutsche Demokratie als Handlanger des Auslandes verdächtigt. Der Reichstag sollte diesen Dingen sehr energisch sein Augenmerk zuwenden. Denn zu diesen Zwecken hat er das Geld doch nicht bewilligt.

Ein Feind des Reichstagswahlrechts.

Im fromtkonservativen „Reichsboten“ hat jetzt endlich Professor Dr. Ludwig Langemann, eine neue politische Größe, entbedt, welche Neuorientierung uns nottut. Er schreibt dort nämlich:

„Der Urgrund aller unserer politischen Leiden steckt — das muß heute deutlich ausgesprochen werden — im Reichstagswahlrecht. In seine Verbesserung muß unbedingt herangezogen werden, wenn das Reich gerettet und die Demokratie ungeschädigt gemacht werden soll. Zum mindesten ist es notwendig, daß die Wahlberechtigung aufhört, die den an sich gesunden Sinn des deutschen Volkes verwirrt und daß die Winderheiten zu ihrem Rechte kommen. Ist es nicht eine Ungerechtigkeits ohne gleichen, wenn z. B. Staaten wie Hamburg jahraus, jahrein im Reichstagsrat ausschließlich von Sozialdemokraten vertreten sind, während ihre das geistige und Wirtschaftsleben schaffenden Kreise rechtlos und mundtot gemacht sind?“

Im 35. Kriegsmonat gilt dem Professor Langemann nichts so sehr, wie die Reform des Reichstagswahlrechts! Im 35. Kriegsmonat rechnet er die Arbeiterpartei noch immer nicht zu den schaffenden Ständen. Im übrigen haben wir gegen eine Vertretung der Winderheiten durch das Verhältniswahlrecht natürlich nicht das Mindeste einzuwenden, falls sie in Stadt und Land gleichmäßig durchgeführt wird.

„Reichstagsabgeordneter Schnoddermann“. Herr Geheimrat Professor Triepel, Staatsrechtslehrer an der Universität zu Berlin, hält es während des Krieges für angemessen, seinen Schülern eine staatsrechtliche Aufgabe vorzulagen, die mit dem Satz beginnt:

„Ueber das Vermögen des Reichstagsabgeordneten Schoddermann wurde am 25. April 1908 das Konkursverfahren eröffnet.“

Im weiteren Text der Aufgabe tauchen noch die Reichstagsabgeordneten Raufsch und „Piffing“ auf. Offenbar hält der konservative Herr Professor diese Art seiner Mißachtung gegen den Reichstag Ausdruck zu geben, für geistvoll. Wir halten sie für ebenso ungenossen wie dumm.

„Alldeutsche „Irrtümer“. In der „Deutschen Tageszeitung“ hatte vor einiger Zeit ein Dr. Hans Siegfried Weber dem Prof. Hugo Preuß „un glaubliche Worte“ vorgeworfen und zu diesem Zweck ein angebliches Zitat aus dem Preußischen Wuche „Das deutsche Volk und die Politik“ gebracht. Darauf wies das „D. T.“ nach, daß von dem etwa acht Druckzeilen umfassenden Zitat nur die ersten sechs Worte in dem Preußischen Wuche zu finden seien, alles andere hatte Herr Hans Siegfried Weber eigenhändig fabriziert! Anstatt sich dieser peinlichen Mißstellung zu schämen, schlägt die „Deutsche Tageszeitung“ noch große Töne an und behauptet, daß hier höchstens ein „Irrtum“ unterlaufen sei. Solche „Irrtümer“ passieren den Alldeutschen merkwürdig oft, und wir haben schon eine ganze Reihe von ihnen festgenagelt. So stellen sich bei einer hiesigen alldeutschen Korrespondenz so oft sie sich an, daß den „Vorwärts“ zu zitieren, fast automatisch die „Irrtümer“ ein. Die deutsche Sprache ist aber „ein plumpe Sprad“ und nennt dergleichen nicht Irrtümer, sondern — wie, das wird die „Deutsche Tageszeitung“ am besten wissen.

Reichstagsverhandlungen. Als Nachfolger für den am 16. Mai verstorbenen Vertreter des vierten bairischen Reichstagswahlkreises Wilhelm, Dr. Ernst Planckenhorn (natl.), ist der Führer der bairischen nationalliberalen Partei, Postrat Dr. Redmann in Karlsruhe, aufgestellt worden.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der Generalversammlung der Julius Vintisch A.-G. in Berlin bemerkte der Vorsitzende Dr. Richard Vintisch, daß die bereits im Jahre 1915 eingetretene Steigerung im Beschäftigungsgrad der Werke sich im abgelaufenen Jahre in noch erhöhtem Maße gezeigt habe, so daß das Unternehmen mit einem recht erheblichen Auftragsbestand in das neue Geschäftsjahr eingetreten sei. In der Versammlung waren 16 164 000 R. Aktien vertreten, wovon 15 071 000 R. auf den Besitz der Familie Vintisch entfielen.

Die Generalversammlung der Terraingesellschaft Siedende in Ligu. in Berlin-Siedende genehmigte die Liquidationsrechnung für 1916. Verluste konnte die Gesellschaft im abgelaufenen Jahre nicht vornehmen, sie erzielte eine Einnahme von 40 140 R. (i. R. 40 090 R.), aus Pachten und Mieten, und von 287 Mark (207) aus Zinsen. Nach Abzug der Handlungskosten ergibt sich ein Reingewinn von 18 766 R. (26 659). Das Liquidationskonto erhöht sich damit auf 640 668 R. Die Gesellschaft hat bis Ende 1916 bereits 115 Proz. auf das 1 800 000 R. betragende Kapital zurückgezahlt.

Die Ausbeutung der Kohle.

Die oberschlesischen Koks- und chemischen Fabriken A.-G. haben mit der Maschinenfabrik Ehrhardt u. Lehmer in Schleismühle-Saarbrücken eine Aktiengesellschaft für Brennstoffvergasung gegründet, die sowohl für eigene wie fremde Rechnung Vergasungsbetriebe errichten soll. Mit den neuentworfenen Maschinen der Firma Ehrhardt u. Lehmer ist es möglich, auch aus Braunkohle und minderwertiger Steinkohle Gas, Teeröl und Ammoniak zu gewinnen.

Letzte Nachrichten.

Geheimverträge und Kriegsziele im Unterhaus.

Bern, 12. Juni. Der frühere Minister Trevelyan wies darauf hin, daß Ribot die Veröffentlichung aller französischen Abmachungen mit Rußland, einschließlich aller geheimen, zugegeben habe, und fragte an, ob die englische Regierung ebenso verfahren wolle. Robert Cecil antwortete, Ribot habe lediglich die Befähigung der zwischen Frankreich und Rußland vor Kriegsausbruch geschlossenen Abmachungen und ausgetauschten Noten zugefugt. Eine derartige Maßnahme sei für die englische Regierung nicht nötig, da diese nur durch die feinerzeit veröffentlichte englisch-russische Abmachung vom Jahre 1907 gebunden sei.

Im Unterhaus wurde angeregt, in Form einer Entschließung die völlige Uebereinstimmung Englands mit den in der Tagesordnung der französischen Kammer vom 5. Juni festgelegten Kriegszielen auszudrücken. Auf eine Zwischenfrage des Vertreters der Arbeiterpartei, Snowden, ob die Alliierten tatsächlich entschlossen seien, gleichgültig was komme, den Kampf bis zur Zurückgabe Eisons-Lithingens fortzusetzen, ersoll der Ruf: Allerdings! und der Regierungsvortreter erwiderte, die Antwort sei: Absolut!



Gelände vor den deutschen Gräben war mit toten und sterbenden Reitern und Pferden bedeckt, während die geringen Reste der Ueberlebenden in rasender Karriere sich zu retten versuchten. Nördlich der Douve versuchten die Engländer einen starken Infanterievorstoß. Ein geringer Anfangserfolg wurde durch sofortigen Gegenstoß wieder weggemacht. Auch südlich der Douve wurden zwei britische Vorstöße abgewiesen.

An der Artoisfront hielt sich bei schlechter Sicht die Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen. Erst gegen Abend schmol das feindliche Feuer an und verstärkte sich im südlichen Teile des Lens-Bogens zum Zerstörungsfeuer. An verschiedenen Stellen vorrückende britische Patrouillen wurden überall abgewiesen. Eine deutsche Patrouille brachte südlich Neuve-Chapelle Portugiesen gefangen ein.

Gewerkschaftsbewegung

Drohende Differenzen im Baugewerbe.

Nach einer Meldung der Magdeburger „Volkstimme“ drohen im Baugewerbe neue Differenzen auszubrechen. Die Ursache ist höchst eigenartig.

Bekanntlich ist Ende April eine Verhandlung über die Leertungszulage erfolgt. Das Reichsamt des Innern verhandelte dann mit den Unternehmern über die Erstattungsfrage. Von den Arbeitern, die an diesen Verhandlungen nicht teilnahmen, war angenommen worden, daß der Erstattungsanspruch allen Unternehmern, die die Leertungszulage zahlen, zuerkannt werden. Nun stellt sich aber heraus, daß die Erklärung des Reichsanzlers vom 5. Mai über diesen Punkt folgendes besagt:

Die Rückvergütung erhalten die Mitglieder des Arbeitgeberbundes, die diesem am 27. April 1917 angehört haben. Zurückvergütet werden die zwischen dem Arbeitgeberbund und den Zentralverbänden der Bauarbeiter am 26./27. April 1917 vereinbarten, an die in den einzelnen Tarifverträgen aufgeführten Arbeiterkategorien zu zahlenden und tatsächlich gezahlten Beträge der zweiten Kriegszulage von 15 Pfennig. Soweit die empfangsberechtigten Arbeiter auf Bauten beschäftigt sind, die für Rechnung des Reiches oder der Bundesstaaten aufgeführt werden oder die von anderen Bauherren für Zwecke der Wehrausrüstung oder des Heeresbedarfs oder zur notwendigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln oder anderen unentbehrlichen Bedarfsgegenständen errichtet werden. Die Erstattung findet jedoch nur dann statt, wenn der Bauvertrag spätestens am 15. April 1917 abgeschlossen war, oder wenn er auf Grund eines bis zu diesem Tag abgegebenen bindenden Angebots des Bauunternehmers zustande gekommen ist.

Es besteht also die Gefahr, daß diejenigen Arbeiter, deren Arbeitgeber bis zur angegebenen Frist nicht Mitglieder des Arbeitgeberbundes waren, leer ausgehen werden, da die Unternehmer die Zulage nicht aus eigener Tasche werden bezahlen wollen. Die Sache läuft somit auf eine Art Bestrafung der Arbeiter hinaus, die bei unorganisierten Unternehmern arbeiten. Für die Mitglieder des Arbeitgeberbundes aber wird ein Vorrecht geschaffen. Der Wortlaut der Erklärung des Reichsanzlers, so schließt die Zufahrt, „beruht gegen den zwischen den Tarifparteien bestehenden Vertrag. Er wird dadurch zwar nicht beeinträchtigt oder ungültig. Aber wir glauben kaum, daß die Arbeiterorganisationen diesen Vertrag des Arbeitgeberbundes gegen den Tarifvertrag ruhig hinnehmen werden.“

Deutsches Reich.

Textilarbeiter und Kontingentierung in der Tabakfabrikation.

In dem mit Textilindustrie aller Art reich besetzten Sachsen haben auf Ansuchen der sächsischen Staatsregierung sowie der Gemeindevorstellungen eine Anzahl brotlos gewordener Textilarbeiter im Tabakgewerbe Unterkommen gefunden, doch mußte infolge der Verfügung des Reichsanzlers, wonach die Kontingentierung der Zigarrenfabrikation nach dem durchschnittlichen Tabakverbrauch für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1915 festgesetzt wird, ein großer Teil dieser Arbeiter wieder entlassen werden. Der Verband sächsischer Zigarrenfabrikanten hatte daher das sächsische Ministerium ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die durchschnittliche Tabakverarbeitungsleistung des ganzen Jahres 1915 bei der Berechnung der Verteilung zugrunde gelegt wird. Auf Veranlassung des Ministeriums hat die Dresdner Handelskammer hierüber folgendes Gutachten erlassen: „Aus den übereinstimmenden Darlegungen der von uns betragten Zigarrenfabriken geht hervor, daß der sächsische Zigarrenindustrie durch die neue Verteilungsweise der Tabakbestände schwerer Schaden entsteht. Nach der Verfügung des Reichsanzlers dürfen für die Herstellung von Zigarren, Rau- und Schnupftabak in einem Monat nur noch diejenigen Tabakmengen verarbeitet werden, die im Höchstfalle den durchschnittlichen, während der ersten 7 Monate im Jahre 1915 verarbeiteten Tabakmengen entsprechen. Nun haben aber gerade auf nachdrückliche behördliche Anregung zahlreiche Firmen im weiteren Verlaufe des Jahres 1915 und im Jahre 1916 Textilarbeiter in größerer Zahl in ihre Betriebe eingestellt. Diese Firmen werden nun durch die neuen Bestimmungen genötigt, die mit großen Opfern eingearbeiteten Arbeitskräfte zu entlassen, weil die Verminderung der Warenherstellung infolge Rohabmangels die weitere Beschäftigung dieser Arbeiter unmöglich macht. Das Anlernen der Arbeiter in Zigarrenfabriken erfordert stets längere Zeit. Auch ist es sicher, daß die einarbeitenden Kräfte in dieser Zeit keinen Nutzen bringen, vielmehr erheblichen Schaden durch Verderben des jetzt besonders wertvollen Rohabfafs verursachen. Erst durch einen längeren Verbleib der Arbeiter im Betriebe kann dieser Schaden wieder ausgeglichen werden. Durch die im großen Umfang auf Veranlassung der Behörden erfolgte Einstellung von Textilarbeitern in die Zigarrenindustrie entsteht den einzelnen Fabriken daher ein erheblicher Verdienstaustausch, für den kein Ausgleich geschaffen werden kann, wenn die neu angelernten Arbeitskräfte wieder entlassen werden müssen. Hiernach erscheint es durchaus gerechtfertigt, daß in Sachsen die Kontingentierung des Tabakverbrauchs in der Zigarrenindustrie nicht nach dem Verbrauch der ersten sieben Monate, wie das Gesetz bestimmt, sondern dem durchschnittlichen Monatsverbrauch des ganzen Jahres 1915 berechnet wird. Durch die Bestimmungen vom 20. März und 12. April dieses Jahres ist den Wünschen der sächsischen Zigarrenfabrikanten nicht entsprochen worden, so daß sich jetzt nach das Bedürfnis für eine gerechtere Berücksichtigung der sächsischen Fabriken besteht.“

Ausland.

Der französische Eisenbahnerstreik.

Genf, 11. Juni. („Ziff. Ztg.“) Die französischen Eisenbahngesellschaften haben die Forderungen ihrer Arbeiter auf einen Tagelohn von mindestens 5 Fr. bei zehnstündiger Arbeitszeit und 1 Fr. Leertungszulage angenommen.

Streikbewegung in Holland.

Nach dem Bericht des niederländischen statistischen Amtes wurden im Monat Mai 23 Streiks begonnen, gegenüber 31 im April und 27 im Mai vorigen Jahres. Die Zahl der Streikenden betrug 1188, die der betreffenden Betriebe 72. 18 Streiks betrafen die Lohnhöhe, 10 die Dauer der Arbeitszeit.

Bauarbeiterstreik in Schweden.

Stockholm, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute hat hier ein allgemeiner Bauarbeiterstreik begonnen, der wahrscheinlich nicht auf die Hauptstadt beschränkt bleiben, sondern sich auf das ganze Land ausdehnen wird.

Parteinachrichten.

Gutes oder robustes Gewissen?

Das „Berliner Mitteilungsblatt“, das Organ der Unabhängigen, schrieb dieser Tage unter allerlei Ausfällen gegen Gen. Erich Kuttner, man könne „mit gutem Gewissen“ sagen, daß er in der „Ehnenbürger Volksstimme“, in der „Blode“ und in seiner Doppelseite als Redakteur des „Vorwärts“ und der „J. A.“ seit zwei Jahren den Krieg verheerliche wie ein Hochkonterbatter Artilleriebereitschaftsvorstehender. In seiner neuesten Nummer druckt das „Mitteilungsblatt“ ganz kleinlaut eine Verteidigung ab, daß Kuttner in der „Blode“ überhaupt noch nie eine Zeile geschrieben habe, auch nicht Redakteur der „J. A.“ sei, daß aber im übrigen noch niemals auch nur ein kleines Wortlein zur Verherrlichung des Krieges aus seiner Feder geflossen sei. Und das „gute Gewissen“ des „Mitteilungsblatts“? Das „gute Gewissen“ schweigt. Es ist wohl weniger ein gutes Gewissen, als das bekannte robuste Gewissen der Unabhängigen.

Erfolge der österreichischen Arbeiterinnenbewegung.

4000 neue Genossinnen wurden der österreichischen Partei durch die anlässlich des österreichischen Frauentages entfaltete Werberarbeit zugeführt. Ebenso wurden für die Arbeiterinnenzeitung 1000 neue Leserinnen gewonnen.

Eine Frauenkonferenz

für den Bezirk „Leitfisches Weirfalten und Dippische Hüttenhäuser“ tagte am Sonntag in Bielefeld. Ueber „Kriegsnot und Frauenrecht“ sprach Genosse Sebering, über „Die sozialistische Vertiefung der Frau“ Genosse Schred. Die Konferenz war von 45 Vertreterinnen aus den Wahlkreisen, den Wahlkreisleitungen und der Bezirksleitung besucht. Delegiert zur Frauen-Reichskonferenz wurden die Genossin Walter und der Genosse Schred-Bielefeld.

Aus den Organisationen.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Bielefeld-Biedenbrück in Bielefeld am Sonntag, den 10. Juni, befaßte sich mit dem „Vortag der Sozialdemokratie Deutschlands“. Nach einem Referat des Genossen Sebering wurden als Delegierte die Genossen Sebering und Schred gewählt. Außerdem wurde noch einem Bericht über die Presse durch Genossen Schred der Abonnementpreis für die „Volkswacht“ ab 1. Juli von 85 Pf. auf 1 M. erhöht.

Soziales.

Mehr Säuglingsstich.

Im der Säuglingssterblichkeit entgegenzukämpfen, hat sich wieder einmal eine Vereinigung mit juristischem Präsidium und dergleichen, wie es scheint, ganz unermüdlichem Drum und Dran gegeben. Sie will dem Säugling im Lande die materielle Grundlage geben. Inwiefern Stellung derartiger Unternehmungen gegenüber ist zu beklagen, als daß wir nötig hätten, sie noch besonders hervorzuheben. Wenn wir die Vereinigung erwähnen, so deshalb, weil sie schon eine sehr gute Tat getan hat. Sie hat eine kleine Denkschrift ausarbeiten lassen, die wir in jedermanns Händen sehen möchten. Sie bringt zwar nichts Neues. Alles haben die Arbeiter schon gesagt, wenn sie ihre Forderungen nach Wohn-, Kinder- und Säuglingschutz erhoben. Aber die ganze Aufmachung ist äußerst geschicklich und namentlich die graphischen Darstellungen reden eine so eindringliche Sprache, daß es auch dem bisher einschläfernden Unwissenheit sein wird, gleichgültig daran vorbeizugehen.

Es drängt sich schon an der ersten Darlegung die Meinung auf, daß es irgendwo hapern muß, daß die Säuglingssterblichkeit so überaus groß ist. In dem zur Grundlage genommenen deutschen Bundesstaat starben von je 1000 Säuglingen im ersten Lebensjahr 167. Eine Zahl, die sofort erheblich sinkt, denn im zweiten Lebensjahr starben 31. Auch diese Zahl ist noch groß genug. Aber die Sterblichkeitsziffer sinkt dann mehr und mehr bis zu dem Alter von 10 bis 15 Jahren, wo 2 von je 1000 Lebenden starben. Dann steigt die Ziffer wieder allmählich, aber noch im Alter von 60 bis 70 Jahren starben von 1000 nur 38, im Alter von 70 bis 80 Jahren nur 57. Erst bei den über 80 Jahre alten wird die Sterblichkeit der Säuglinge überschritten.

An dieser Erscheinung sind die Menschen lange gleichgültig vorübergegangen. Sie wurde für etwas Selbstverständliches gehalten, für die Auslese, die die Mutter Natur selbst vornimmt, nur nur die Gesunden und Kräftigen am Leben zu lassen. Genauer Beobachtende haben dann darzulegen, wie falsch diese Auffassung ist. Es wurde beobachtet, wie groß die Sterblichkeit der Brustkinder gegenüber der der Flaschenkinder ist und es stellte sich heraus, daß 70-80 Proz. aller Todesfälle im Säuglingsalter auf den Ausfall der Brustnahrung zurückzuführen ist. Die Sterblichkeit der Flaschenkinder ist siebenmal so groß als die der Brustkinder.

Wichtig drängt sich auch die Darlegung über die Sterbefälle in den verschiedenen Gesellschaftsklassen auf. Von den Säuglingen der Wohlhabenden starben in Berlin im Jahre 1916 nur 7 Proz., von denen des Mittelstandes schon 13 Proz. und von denen der Rinderbemittelten 18 Proz.

Damit sind die Wurzeln der Säuglingssterblichkeit bloßgelegt. Hinzu gesellt sich noch, daß von den unehelichen Kindern ein Drittel bis zur Hälfte mehr sterben, als von den ehelichen. Auf materiellen und gesellschaftlichen Ursachen beruht demnach die Säuglingssterblichkeit, denn auch die Frage: Stillen oder Nichtstillen? hängt zuweilen von diesen Ursachen ab. Sind diese aber erkannt, dann ist auch der Weg zur Abhilfe offen.

hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse und Gleichberechtigung der unehelichen Kinder sind die Universalmittel, Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz, Gewährung von Stillgeldern sind unbedingte Erfordernisse der Gegenwart.

Jetzt, wo der völkermordende Krieg das Bevölkerungsproblem akut werden läßt, werden hoffentlich wandern, der sonst gern bereit war, den Arbeitern in ihrem Streben nach Erringung einer besseren Lebenslage Steine in den Weg zu werfen, über das Verbrechen seines Tuns die Augen aufgehen. Auch die Forderungen

der Arbeiter an die Versicherungsgegebung können nicht mehr auf den früheren Widerstand stoßen. Die Denkschrift stellt die Berechtigung dieser Forderungen in ein so grelles Licht, daß sie nicht mehr übersehen werden können. Daß unsere Forderungen in der Denkschrift nicht gezogen werden, brauchen wir allerdings kaum besonders zu betonen. Es ist nun einmal das Schicksal solcher Gründungen, daß sie wohlmeinend zwar einen Anlauf nehmen, vor den Konsequenzen aber zurückschrecken und deshalb nicht ans Ziel kommen. So werden die Vorschläge der Reichsversicherungsordnung gelobt, abgleich dann auf die Bundesratsverordnungen über die Bodenhilfe während des Kriegs hingewiesen werden muß. Diese Verordnungen würden unnötig gewesen sein, wenn die Reichsversicherungsordnung besser wäre.

Daß privates Eingreifen ungenügend ist, wird auch in der Denkschrift gesagt, es wird an das Reich und an die Gemeinden appelliert. Daneben soll die private Böhlichkeit wirken. Von dieser versprochen wir uns nichts. Aber wenn die neue Vereinigung noch mehr derartige Denkschriften hinausfendet, wird sie trotzdem Gutes bewirken. Sie wird uns bis zu einem gewissen Grade den Weg frei machen, indem sie bei den Gleichgültigen das Gewissen wachruft.

Die Angestelltenversicherung im Jahre 1916.

Die Angestelltenversicherung erzielte im Jahre eine Beitragseinnahme von 110 Millionen und im Jahre 1914 (die höchste bis jetzt erzielte Einnahme) 132 Millionen. Die Versicherung gewährt zurzeit Renten nur in Ausnahmefällen, nämlich dann, wenn durch erhebliche Beitragsnachzahlungen die Beiträge abgeführt worden ist. Die hauptsächlichste Leistung der Angestelltenversicherung ist vorläufig nur das Heilverfahren. Im Jahre 1916 wurden 24 179 Anträge auf Heilverfahren gestellt. In Wirklichkeit wurden 16 804 Personen einer Heilbehandlung unterzogen (gegen 1020 im Jahre 1915), wodurch 8 1/2 Millionen Mark Kosten entstanden. In 2303 Fällen handelte es sich um Zuschüsse zum Jahrestag. Die Versicherung gewährt auch Beihilfen zur „Berufsummünderung“; dahingehende Anträge gingen 87 ein. In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Angestelltenversicherung mit ihren knapp zwei Millionen Versicherten ein Vermögen von annähernd einer halben Milliarde Mark zusammengebracht. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte liegt jetzt sehr über mangelhaften Eingang aller Beiträge durch die Arbeitgeber. Es sollen schärfere Maßnahmen angewendet werden.

Berichtszeitung.

Ein Seifenkauf für Sereuismus hat zu einer Anklage wegen Hochpreisdifferenzierung Anlaß gegeben, die den heftigen Sozialisten Theodor Len? vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte. Der Leibjäger Sr. Gobeit des Landrafen von Heffen war eines Tages direkt von Herleshausen nach Berlin gefahren, um hier 20 Stück Kinderseife einzukaufen. Er sprach deshalb auch bei dem Angeklagten vor, der nicht in der Lage war, solche Kinderseife ihm zu verkaufen, dann aber nach der Behauptung des Leibjägers, der sich in dieser Eigenschaft nicht zu erkennen gegeben hatte, ihm sogenannte R.-A.-Seife zum Preise von 1 M. für 100 Gr. angeboten haben soll, während der Höchstpreis nur 40 Pf. betrug. Der Angeklagte bestritt dies ganz entschieden und wies durch Vorlegung von Rechnungen nach, daß er die erste R.-A.-Seife, die er bis dahin in seinem Parfümeriegeschäft überhaupt nicht geführt, erst einige Zeit nach dem Besuch des Leibjägers bezogen habe, solche diesem also gar nicht angeboten haben könne. Der Leibjäger habe an jenem Tage in verschiedenen Seifengeschäften Berlins vorgeprochen und da müsse ein Jertum vorkommen. Er selbst habe ihm im Laufe des Gesprächs nur gesagt, daß er eventuell nur mit Siedensperd-Milchseife dienen könnte, für die ein Preis von 1 M. für das Stück festgelegt sei. — Der Staatsanwalt beantragte 50 M. Geldstrafe, der Gerichtshof kam jedoch zur Freisprechung, da er keine Veranlassung sah, den Angaben des durchaus glaubwürdigen Angeklagten zu misstrauen, die ganze Sache auch etwas dunkel erscheine und fast der Vermutung Raum gebe, daß dabei irgendeine Hofintrige mit im Spiele sei.

Nachweis eines Müllfuhrmanns verboten.

Wenn sich auf den Höfen Berge von Müll anhäufen, weil die „Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Hausbesitzer“ zurzeit außerstande ist, für eine geregelte Müllabfuhr Sorge zu tragen, so darf trotzdem kein Angeheller der Wirtschaftsgenossenschaft einem durch die Abfuhrschwierigkeiten betroffenen Hausbesitzer einen Fuhrmann nachweisen, der die sofortige Abfuhr der Müllberge vornehmen kann. Die Abfuhr durch einen anderen Unternehmer schädigt nämlich die geschäftlichen Interessen der Wirtschaftsgenossenschaft. Deshalb das Verbot an die Angestellten! Deshalb entließ auch die Wirtschaftsgenossenschaft einen ihrer Kontrolleure, der das Verbot übertreten hatte, ohne Innehaltung der Kündigungsfrist. Der Kontrolleur forderte durch Klage beim Gewerbergericht Begleichung für die Kündigungszeit. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Hausbesitzer das vertragliche Recht haben, das Müll, welches abzuführen die Wirtschaftsgenossenschaft außerstande ist, von einem anderen Fuhrmann wegzufahren zu lassen und die dadurch entstandenen Kosten der Wirtschaftsgenossenschaft in Rechnung zu stellen und zwar bis zur doppelten Höhe des Betrages, den der Hausbesitzer in dem betreffenden Falle an die Wirtschaftsgenossenschaft vertraglich zu zahlen hätte. Ein Hausbesitzer, auf dessen Hof schon seit vier Monaten ein großer Müllberg lagerte, dessen Entfernung die Wirtschaftsgenossenschaft nicht bewirken konnte, hatte sich darüber bei dem Kontrolleur beklagt, und dieser hatte ihm daraufhin einen Fuhrmann nachgewiesen, der den Hauswirt für diesmal von der Müllabfuhr befreite. Diese Annehmlichkeit für die Bewohner des betreffenden Hauses wurde der Kontrolleur, wie gesagt, mit der Entlassung bühnen. Der Vertreter der Genossenschaft sagte, die Abfuhr durch einen anderen habe ihr im vorliegenden Falle einen Schaden von mindestens 50 M. verursacht. Das sei aber nicht der alleinige Grund der Entlassung des Klägers, sondern dieser habe schon öfter ein und denselben Fuhrmann an Hauswirte empfohlen, er betreibe also wahrscheinlich die Sache geschäftsmäßig. Der Prozeß endete mit einem Vergleich, wonach dem Kläger die Hälfte seiner Forderung bezahlt wird.

Verantwortl. f. Inhalt: Dr. Franz Tischerich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Schell, Potsdam; für Inserate: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann's Buchverlag u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co., Berlin SW.
 Seite 1 Beilage zum Unterhaltungsblatt.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake
Egros
F. Ernst Borch, Elsassstr. 21.
Alkoholf. Getränke
Franz Abraham
Kant. Nassau- u. Römertank-Kell. C. 25 Barndtstr. 24, Fernsp. Kgt. 13708
Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Köpenicker 83
sämtliche Bäder.
Passage-Bad Kottbusser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 63.
Bäder- u. Konditorien
Oskar Hanke's Brotbäck.
75 Geschäfte
In allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow
Geündet 1892.
F. Klopewetter, Schönebergstr. 15.
G. Meier, Grünbergstr. 27.

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16
Zochau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 55.
Bandagen, Gummw.
R. Hauke, Stralauer Str. 54.
E. Kraus, Kommandenstr. 15.
A. E. Lange, Brunnenstr. 156
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns
45 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen
Uhly & Wolfram

Bezugsquellen-Verzeichnis.
August Holtz 18 Detail-Geschäfte.
Brauerei Bötzw empfiehlt **Qualitätsbiere** ersten Ranges.
Mönchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt. Palloandstr. 97 Tel. Kgn. 2851, 2852
Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Trilch, Holzmarkt 24
Essigfabriken
Timmer-Essig überall erhältlich
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck Inh.: Herm. Gerbach Charlottenburg, Berlinstr. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gerlach, Petersburgerstr. 31
Otto Kozgel, Alte Jacobstr. 26.
Harren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Loke & Kluspeckl, Schick-Alte 7 Rosenthalerstr. 3.
Fabisch & Co. Eckhaus Linienstr
Kolonialwaren
A. dem Schick, Schönebergstr. 11.
Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31.
Kühnemann, P.-Möllnerstr. 40b, E. Seest
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Kottbusser-Str. 44.
Neukölln, Bismarck-Str. 25, Kaiser-Friedr.
Str. 81, Wasserstr. 139, Friedholz 23
Treptow, Grüt-Str. 44.
Gaede, Otto Charlottenburg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75
Ecke Cuvrystr.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Nähmaschinen Gollnowstr. 26
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Damm 18/19
Kottbusser-Str. 21.
Hermann Meyer, Schönebergstr. 21.
Photogr. Apparate
M. Albrecht 50, Kottbusserstr. 3.
auch Gelegenheitsakt.
Wolke, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Soling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-G. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, N. Köpenicker-Str. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, N. Köpenicker-Str. 41
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekassenversicherung, Straße 2.
Spandau
Scheuerlein, Berlin, 11, 12, 13, 14, 15.

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Damm 18/19
Kottbusser-Str. 21.
Hermann Meyer, Schönebergstr. 21.
Photogr. Apparate
M. Albrecht 50, Kottbusserstr. 3.
auch Gelegenheitsakt.
Wolke, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Soling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-G. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, N. Köpenicker-Str. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, N. Köpenicker-Str. 41
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekassenversicherung, Straße 2.
Spandau
Scheuerlein, Berlin, 11, 12, 13, 14, 15.

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21, Alt Moabit 95/103
Ältester und größter Milchwirtschaftlicher
= Grossbetrieb =
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, N. Köpenicker-Str. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, N. Köpenicker-Str. 41
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekassenversicherung, Straße 2.
Spandau
Scheuerlein, Berlin, 11, 12, 13, 14, 15.

Groß-Berlin

Neuregelung der Verteilung der Brotzusatzkarten.

Das Nachrichtenamt schreibt: In der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft wird die Zuteilung von Brotzusatzkarten an Schwerarbeiter neu geregelt werden. Zur Durchführung dieser Neuregelung ergeht an sämtliche Berliner Betriebe, in denen Krankenversicherungspflichtige Personen gewerblich beschäftigt sind, die Aufforderung, unter Bezeichnung der Betriebsart und Angabe der Adresse die Zahl dieser bei ihnen beschäftigten Krankenversicherungspflichtigen Personen, jedoch mit Ausschluß des Bureaupersonals und des kaufmännischen Angestellten an die „Schwerarbeiterzentrale“, Poststraße 10, Zimmer Nr. 49, bis zum 16. d. Mts. schriftlich anzugeben.

Es wird dringend gewarnt, unrichtige Zahlen anzugeben, da falsche Angaben geahndet werden. Die Angaben müssen die Verteilung enthalten, daß das Bureaupersonal und kaufmännische Angestellte in der Zahl nicht enthalten sind. Die Angaben werden nachgeprüft werden; die Einholung genauer Unterlagen wird später erfolgen. Diese Bekanntmachung gilt für alle Betriebe, die in Berlin ihren Sitz haben. Für die übrigen Betriebe im Gebiet der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft ergeht eine besondere Aufforderung durch die zuständigen Gemeinden.

Danach scheint es, daß wirklich die Angestellten bei der neuen Regelung unberücksichtigt bleiben sollen. Wir würden das für ein schweres Unrecht halten. Wer die Lebensmittelbeschaffung dieser Schichten in Betracht zieht, der wird wissen, daß sie heute schon bei der Lebensmittelverteilung in den Betrieben meistens ausgeschlossen werden. Dazu kommt, daß es gerade diesen Mittelschichten auch nicht im entferntesten möglich gewesen ist, ihr Einkommen im Verhältnis zu den gestiegenen Unterhaltskosten zu steigern. Sie sind infolgedessen auch viel weniger in der Lage, ihre Lebensmittelration durch Zukauf freier Waren zu verbessern. Es muß deshalb danach gekrebt werden, auch den Angestellten die nötigen Zusatzen zu liefern, sei es in Brot oder anderen Produkten sicherzustellen.

Einheitliche Lebensmittelkontrolle für den Reiseverkehr.

Mit dem 15. Juni treten neue, für das ganze Reich geltende Bestimmungen über das An- und Abmeldewesen bei dauerndem Verzug und beim Reiseverkehr in Kraft, die eine strengere Kontrolle ermöglichen sollen. Die wichtigste Neuerung besteht darin, daß für das ganze Reichsgebiet einheitliche Abmeldebescheinigungen eingeführt werden, die sich nach den verschiedenen Bundesstaaten in der Farbe des Papiers unterscheiden. Für Preußen werden sie allgemein auf weißem Papier ausgegeben werden.

Bei endgültigem Fortzug aus Berlin erhält der Fortziehende stets eine Abmeldebescheinigung. Die Reichsreisekarte und die Seisenkarte werden nicht abgenommen, da sie im ganzen Reich gelten. Alle übrigen Karten werden dem Umziehenden abgenommen. Um ihn für eine über den Aufenthalt hinaus reichende Zeit die Versorgung mit Brot zu ermöglichen, kann er die noch in seinem Besitz befindlichen Berliner Brotkarten in Reisebrotmarken umtauschen.

Bei Reisen bis zu 14 Tagen werden Abmeldebescheinigungen im allgemeinen nicht ausgestellt. Nur wer ein Interesse an einer Abmeldebescheinigung glaubhaft macht, z. B. weil die Dauer der Reise bei ihrem Antritt noch nicht zu überschätzen ist, weil der Reisende an dem Reiseort bei einer Familie, in einem Pensionat oder dergl. Unterkunft nehmen will, kann einen Abmeldebescheinigung verlangen, jedoch müssen dann die Karten wie beim dauernden Verzuge abgegeben werden. Wo sogenannte Gast- oder Speisemarken für die Entnahme von Mahlzeiten in Speisewirtschaften eingeführt sind, erhalten Reisende auch ohne Vorlegung einer Abmeldebescheinigung für kürzere Aufenthalte Gelegenheit zum Bezuge dieser Marken.

Bei Reisen über 14 Tage muß in jedem Falle Abmeldung erfolgen. Es sind also alle Karten abzugeben und jerner die Brotmarken gegen Reisebrotmarken umzutauschen. Auf Grund der Abmeldebescheinigung ist dann die Versorgung am Reiseort geregelt. Bei mehrfachem Wechsel des Aufenthaltsortes innerhalb der Reisezeit muß jedesmal Ab- und Anmeldung erfolgen. Nur bei ganz kurzen Aufenthaltszeiten kann hierauf verzichtet werden. Auch Personen mit ständig wechselndem Aufenthaltsort ohne festen Wohnsitz müssen bei jedem Wechsel des Aufenthaltsortes sich eine Abmeldebescheinigung ausstellen lassen. Es ist unzulässig, den Reisenden wegen der Versorgung an den Heimatort, Geburtsort, Ort der Steuerzahlung usw. zu verweisen.

„Brot“ aus Gemüse.

Der Berliner Hausfrauenverein veranstaltet im Barenhaus Tief (Leipziger Straße) eine Ausstellung von Erzeugnissen seiner Kochschule, mit denen er die Lebensmittelkontrolle fördern will. Eine uns überlieferte Einladung zu einem Besuch am gestrigen Öffnungstag — die Ausstellung bleibt nur noch am 13. und 14. Juni von 10—7 Uhr geöffnet — kündigte einen „Stullenertag“ an, der aus Abfällen von frischen und welken Gemüsen sowie aus Dörrgemüsen hergestellt sei. Ein im Ausstellungstraum selbstgebackenes „Reisbrot für Hausfrauen“, das eine Reihe von „Rezepten“ und „praktischen Winken“ bringt und bei knapp 12 Seiten Text den im höchsten reichlichen Preis von 30 Pf. kostet, spricht nicht von „Stullenertag“, sondern von „Gemüsebrot“. Auf Anfrage wurden wir belehrt, daß besagter „Gemüsebrot“ der angeforderte „Stullenertag“ sei und eigentlich als „Gemüsebrot“ bezeichnet werden müßte. Das Rezept schweigt von Gemüseabfällen, nennt nur das Dörrgemüse, empfiehlt aber als weitere Zutat noch Hafersoden. Mündlich versicherte uns die Leiterin der Kochschule und Mitverfasserin des Reisbrotrezepts, daß auch Abfälle verwendet werden, und sie wies uns Abfallproben, die mit ausgelegt waren, Blätter von Salat, von Kohlrabi usw. Das vorchriftsgemäß aus den Bestandteilen und würzenden Beimengungen zusammengerührte Gemisch wird gebacken und ist dann die „Grundmasse“, die in wechselnden Zubereitungsarten verschiedene Gerichte ergibt.

Ob diese neueste Leistung der „Ersatz“-Küche nennenswert zur „Streckung des Brotes“, die der Hausfrauenverein in seiner schon erwähnten Einladung ausdrücklich hervorhob, beitragen wird?

In Sachen der Englischen Gasanstalt

Haben, wie uns der Magistrat mitteilt, die Stadt Berlin und die mit ihr zu gleichem Vorhaben vereinten Gemeinden sich an die zuständigen Minister mit der dringlichen Bitte gewandt, die sachlich gebotene Regelung nicht durch kommunalpolitische Gegnerschaft beeinflussen zu lassen, sondern so zu entscheiden, wie es der Gesamtheit der Groß-Berliner Interessen entspricht. Bekanntlich haben die Stadt- und Landgemeinden Berlin, Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Jeshendorf, Lichterfelde, Steglitz, Rankow, Mariendorf und Marienthal gemeinschaftlich ein Angebot auf die Gasanstalt in der Höhe abgegeben, wie drei vollkommen unbedeutende Sachverständige den Wert eingeschätzt hatten. Die Einwohnerschaft dieser Gemeinden verbraucht nicht weniger als sieben Achte des gesamten, von den Englischen Werken hergestellten Gases. Wenn also daneben sonstige Angebote eingegangen sein sollten, so können sie nur einen verschwindend geringen Teil der vorhandenen sachlichen Interessen darstellen. Es besteht aber gleichwohl die Befürchtung, daß auch diese Gelegenheit benutzt werden könnte, um der Einheitskraft des Groß-Berliner Wirtschaftsgebietes Gammelnisse zu bereiten und durch Zersplitterung einen Rückschritt anstatt einen Fortschritt herbeizuführen. Hiergegen wenden sich die beteiligten Gemeinden mit allem Nachdruck.

Frauen für die Munitionsfabriken gesucht! Die Kriegsamtsstelle in den Marken braucht im Augenblick eine große Vermehrung der Frauen in den Munitionsfabriken. Meldungen werden entgegengenommen bei den Frauenarbeitsmessen: In Berlin beim Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, O. Rüdigerstr. 9; Charlottenburg beim Städtischen Arbeitsnachweis, Augsburger Str. 13; Schöneberg beim Städtischen Arbeitsamt, Brunenwaldstr. 19; Neukölln beim Städtischen Arbeitsnachweis, Berliner Str. 93. In den übrigen Vororten bei den entsprechenden öffentlichen Arbeitsnachweisen.

Bezugsscheinsteuer Stiefelerei. Die Ersaföhlen G. m. b. H. in Berlin hatte an die Reichs-Bekleidungsstelle den Antrag gerichtet, neues Schuhwerk, das ganz oder teilweise aus Ersatzstoffen besteht, deren Gebrauchsfähigkeit erprobt werden soll, ohne Bezugsschein abgeben zu dürfen. Darauf hat die Reichs-Bekleidungsstelle folgendes mitgeteilt: „Es besteht kein Bedenken dagegen, daß die Ersaföhlen-Gesellschaft ohne Bezugsschein Schuhe herstellen will, die zur Erprobung von Ersatzstoffen dienen sollen. Natürlich ist Voraussetzung hierfür, daß es sich nur um eine beschränkte Zahl handelt.“

Die Sberdesomnibuslinie 15 (Frankfurter Allee Ecke Warschauer Straße nach Bahnhof Gragnerschenstraße) wird am 15. abends bis auf weiteres eingestellt.

Die Offiziere der Friedrichstraße zwischen Johanns- und Oranienburger Straße ist vom 13. d. M. ab auf die Dauer von vierzehn Tagen für den Wagen- und Reitverkehr gesperrt.

Ein Vollsänger des Philharmonischen Orchesters findet am heutigen Mittwoch in der Philharmonie, Fernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr, Kassenöffnung 7 Uhr, Eintrittspreis 30 Pf.

Elf Bauernfänger hat die Kriminalpolizei auf dem letzten Pferdemarkt in Weihensee festgenommen. Ein gemeinsamer Kniff dieser Spezialisten war besonders der, den Opfern, denen sie mit dem „Rummelblätchen“ oft beträchtliche Summen abgenommen hatten, selbst vor der Polizei und dem Strafgericht Angst zu machen. Der eine der „Spieler“, der zum Schein ebenfalls verlor, und dann zurückließ, wenn der „Gewinn“ mit der Beute davonging, warnte den Betrogenen, eine Anzeige zu erstatten, weil er sich selbst wegen verbotenen Glücksspiels schuldig gemacht habe. Die Leute ließen sich auch in der Regel einschüchtern, und so gelang es den Bauernfängern, die Gefahr von sich abzuwenden. Einzelne der Betrüger wurden im Laufe der Zeit hier und da erwischt. Jetzt holte die Kriminalpolizei in Weihensee zu einem größeren Schlage aus, der auch gelang. Acht Berliner und drei auswärtige Bauernfänger wurden erwischt und hinter Schloss und Riegel gebracht. Die Betrogenen aber sollten sich einschüchtern zu lassen, stets sofort Anzeige machen. Denn das „Rummelblätchen“ ist an sich kein strafbares Glücksspiel. Nur wer damit betriegt, wie der Bauernfänger, macht sich strafbar.

Töblicher Fahrstuhlunfall. In der Röhrenstr. 38 stürzte die Fahrstuhlführerin Rosa Zirnbaum in den Fahrstuhlschacht und wurde vom Fahrstuhl zerquetscht. Die Feuerwehr konnte nur den Leichnam bergen, der von der Polizei beschlagnahmt wurde.

Ein sehr gefährlicher Brand beschäftigte am Dienstag früh die Feuerwehr längere Zeit in der Ritterstraße 12. Dort stand im ersten Stock des Quer- und Seitenflügels eine Dreherei in Flammen. Bei Ankunft der ersten Löschzüge hatte das Feuer schon eine beträchtliche Ausdehnung erlangt. Es gelang jedoch, den Brand auf die Dreherei zu beschränken. Der Schaden ist nicht unbedeutend. Das Haus und die Maschinen sind stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Entstehung ist auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

Schöneberg. Stadtvorordnetenversammlung. Die Sitzung am Montag beschäftigte sich zunächst mit dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: Die Arbeitsentlohnung aller Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen zu erhöhen. Als Grundlohn soll ein Tageslohn von 6 M. gelten, der nach sechsmonatiger Beschäftigung auf 7, nach zwölfmonatiger Beschäftigung auf 8 M. steigt. Genosse W. o. S. forderte, daß der unsichere Zustand des Tagelohnes sowie der täglichen Kündigung endgültig beseitigt werde. Die jetzigen Löhne, die zwischen 3 M. bis 5 M. schwanken, sind dazu angetan, der Unterernährung Vorschub zu leisten. Die Beamten, die immerhin günstiger gestellt sind, könnten sich nicht zurückgelegt fühlen, wenn den Hilfskräften eine bessere Bezahlung gewährt würde. Stadtdirektor Dr. Lohmeyer erklärte, die Tagelöhne sind in Monatslöhne umgewandelt und dadurch erhöht worden. Die weiblichen Arbeitskräfte erhalten 110 M. und die männlichen Arbeitskräfte 140 M. pro Monat. Die Schulentlassene Arbeitskraft könne nicht so hoch entlohnt werden, als ein Familienvater. Darum müßte der Antrag abgelehnt werden. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages.

Die Liberalen erludten den Magistrat um eine Vorlage, worin den Schülern der Mittelschule die Erlangung von Berechtigungen, sowie Uebergang in höhere Lehranstalten gewährt wird, außerdem die Förderung begabter Schüler der Volksschulen. Durch Vester (Lib.) wurde der Antrag eingehend begründet. Genosse Käter erklärte seine Zustimmung für den Antrag, erwartet jedoch vom Magistrat, der Einheitschule etwas mehr Beachtung zu schenken, als der Antrag vorliegt. Oberbürgermeister Dominicus betonte, daß in der Schulfrage gemeinsam mit Berlin gearbeitet wird. Der Antrag wurde ohne Änderung angenommen. — Ohne Debatte wurden zugestimmt: dem Ausschuss Groß-Berlin für die Kriegsbeschädigten-Ansiedlung 500 M. zu gewähren, — den eingezogenen städtischen Weibskräften und Arbeitern die Erhöhungen der Reichsunterstützung voll zuzukommen zu lassen. — Auf Antrag eines Hausbesitzers, der zu einem Steuerjahr von nicht mehr als 62 M. veranlagt ist, soll die Rietschbeihilfe nur noch von der Gewährung eines Nachlasses von 5 Proz. abhängig gemacht werden. Der dadurch entstehende Ausfall wird von der Stadt gedeckt. Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Zugunsten der Nationalstiftung soll in der Woche vom 1.—8. Juli eine öffentliche Sammlung veranstaltet werden. Der Magistrat will 10 000 M. spenden mit der Maßgabe, daß ihre Verwendung nur für Hinterbliebene der im Kriege Gefallenen aus der Stadt Schöneberg erfolgt. Die Verteilung der Mittel geschieht durch die städtische Fürsorgestelle. Die Vorlage wurde angenommen.

Hierauf gelangte ein Antrag zur Debatte, der den Magistrat aufforderte, eine Verfügung aufzugeben, die den Beamten, Bediensteten und Hilfskräften verbietet, warmes Essen in der Volksschule im Eigenen einzunehmen. Genosse Eichelhardt betonte, daß diese Verfügung viel Unwillen unter den Betroffenen hervorgerufen habe. Für den Eintretenden würde es geradezu komisch, die Tische und Stühle leer zu finden und die Besessenen an den Wänden entlang stehen und in Hast ihr Essen hinabzuschlingen zu sehen. Derartige Zustände und Verfügungen sind skandalös und sollten sofort aufgehoben werden. Stadtdirektor Lohmeyer beauftragte, daß der Personaldezernent Bürgermeister Blankenstein nicht zugegen sein könne. Die Verfügung besteht seit Jahresfrist, und während er die Vertretung habe, sei eine Beschwerde noch nicht eingegangen. — Zobel (Lib.) beantragt, den Antrag zu vertagen und allen denen, die sich davon betroffen fühlen, Zeit zu geben, um den Instanzenweg ineinanderhalten. Die Mehrzahl nahm den Vertagungsantrag an. — Hierauf wurden 200 000 M. aus den Ueberschüssen der Sparkasse für Errichtung eines Hallenschwimmbades einem dazu bereits bestimmten Sammelfonds überwiesen.

Neukölln. Errichtung eines Säuglingsheims. Der Magistrat hat den Stadtvorordneten zu der Donnerstagssitzung eine Vorlage unterbreitet, wonach aus den im vorigen Jahre ermittelten Zinsüberschüssen der städtischen Sparkasse in Höhe von 182 274,19 M. die Hälfte, also 91 137,10 M., zur Förderung der Bestrebungen für Mutter- und Säuglingshaus verwendet werden sollen. Es wird beabsichtigt, aus diesen Mitteln, zusammen mit den von Stadtrat Niemes gestifteten 30 000 M., in aller nächster Zeit an den Bau eines Säuglingsheims heranzutreten.

Spandau. Zur Verteilung des Einmachezuckers. Für diejenigen Haushaltungen, welche ihre Bezugsscheine für Einmachezucker in den festgesetzten Terminen wegen zu großen Andrangs nicht erhalten, erfolgt die Ausgabe derselben an einem späteren Termin, der noch bekanntgegeben wird.

Steglitz. Einen Antrag auf Aenderung des Gemeindevahlrechts hat die sozialdemokratische Fraktion zur nächsten Gemeindevorstandssitzung eingereicht.

Steglitz hat das rüchständigste Gemeindevahlrecht nicht nur unter allen Berliner Vororten, sondern überhaupt von sämtlichen größeren preussischen Landgemeinden. Die im Frühjahr 1900 mit großer Mehrheit erfolgte erstmalige Wahl eines Sozialdemokraten war für die damalige Mehrheit der Gemeindevorstandssitzung die Veranlassung, das Wahlrecht zu verschlechtern, indem bei der Bildung der drei Wählerklassen anstatt des einfachen aber anderthalbfache Steuerdurchschnitt zugrunde gelegt wurde. Hierdurch gelang es, eine große Anzahl Wähler aus der ersten in die zweite und aus der zweiten in die dritte Klasse abzuschleichen. Durch diesen Wählerstich glaubte man den Sozialdemokraten den Weg ins Rathaus verbarrikadiert zu haben. Es war eine Täuschung, denn heute haben die Sozialdemokraten vier Vertreter dort und ein fünftes Mandat ist durch einen mit ihrer Hilfe gewählten Demokraten besetzt. Wenn also auch der beabsichtigte Zweck nicht erreicht wurde, so blieb doch das Unrecht bestehen, dessen Beseitigung nunmehr durch den Antrag gefordert wird: die Bildung der Wählerabteilungen nach den Vorschriften des § 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1900 vorzunehmen, wonach jeder Wähler, dessen Steuerbetrag den Durchschnitt der auf den einzelnen Wähler treffenden Steuerbeträge übersteigt, stets der zweiten oder ersten Abteilung zugewiesen wird.

Weihensee. Gemeindevorstandssitzung. Die am Ort bestehende Handelsschule soll, wenn diese die ministerielle Anerkennung beantragt, nach folgenden Grundrissen ausgebaut werden: Anstatt der bisherigen zwei Halbjahresklassen sollen drei eingeführt werden und die betreffenden Lehrkräfte hauptsächlich angestellt werden. Für die Mädchen soll außerdem der Unterricht auf Wirtschaftskunde ausgedehnt werden und der Unterricht weiter in Geschlechter getrennt werden. Nur wenn diese Bedingungen anerkannt werden, kann die Befreiung vom Besuch der Pflichtfortbildungsschule erfolgen. Trotz der Erhöhung des Schulgebäudes von 100 M. auf 150 M. entsteht der Gemeinde durch verschiedene Aufwendungen eine Mehrbelastung von 5000 M. Es wurde beschlossen, die angeführten Bedingungen anzuerkennen und die Anstalt als öffentliche Handelsschule vom 1. Oktober 1917 ab zu eröffnen. — Der Mindestsatz für den Verbrauch von elektrischem Strom soll von den Kriegsteilnehmern nicht erhoben werden, ebenso werden die Mindestbrennstunden für Treppenbeleuchtung von jährlich 1200 Stunden auf 900 Stunden herabgesetzt. — In den Kriegsfürsorgeausschuss für erwerbslose Angehörige der Bekleidungs- und Schuhwarenindustrie wurden als Arbeitnehmer gewählt die Schneider Kramer und Koppelman und die Schuhmacher Wendt und Bloß. — Aus Hausbesitzerkreisen wurde erregert, die Mietnachlässe anderweitig zu regeln. Die Angelegenheit wurde der Finanzkommission überwiesen.

Gierverteilung. Infolge nachträglicher Uebersetzung können auf Abschnitt 11 der ausgerufenen Eierkarten je weitere 7 Eier, insgesamt also 9 Eier entnommen werden.

Tempelhof. Lebensmittelnachrichten. In dieser Woche werden außer den gewöhnlichen Lebensmitteln verabfolgt: 3 Pfund Kartoffeln auf 6 Abschnitte der Kartostiftkarte und 400 Gramm Gebäck auf 4 Abschnitte, 50 Gramm Butter, 60 Gramm Bratfett auf Abschnitt 15 der roten Lebensmittelfarte, 4 Eier auf Eierkarte, 1 Pfund Marmelade, 1/2 Pfund Herings- oder Röllmilde, 1 Suppenwürfel, 1 Kilogramm Gemüselieferanten auf 2 Lebensmittelfarten. Die Milcharten für Juli müssen noch in dieser Woche eingetauscht werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute Mittwoch, den 13. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlungen und Zusammenkünfte:

- Berlin I. Bei Grawe, Kommandantenstraße 88.
- Berlin II. 1. und 2. Abteilung Westen bei Schneider, Winterfeldstr. 8 (Ecke Frauenstraße). 3., 4., 7. und 8. Abteilung Friedrichstadt und Süden, Lindenstr. 3, 2. Hof links III. 5. und 6. Abteilung Südwesten bei Habel, Bergmannstr. 5/6.
- Berlin III. Bei Wille, Sebastianstr. 33.
- Berlin IV. Petersburger Viertel im Lokal von Karl Kühne, Schreinerstr. 58. Landsberger Viertel im Clubhaus, Landsberger Allee 40. Frankfurter Viertel bei Becker, Werderstr. 17. Stralauer Viertel bei G. Raß, Warschauer Str. 57. Griesiger und Köpenicker Viertel bei Frühlich, Ruskauer Str. 1.
- Berlin V. In den Unions-Festhallen, Greifswalder Str. 22 (Keiner Saal).
- Berlin VI. 1. u. 2. Abt. bei Dobrowlan, Schweinmünder Straße 11. 3. u. 4. Abt. bei Burg, Brenzlauer Allee 180. 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Str. 3. 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36. 8. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47. 9. Abt. bei Objig, Stralauer Straße 11. 10. Abt. bei Carus, Volkstr. 37. 11. Abt. bei Spiegel, Ackerstraße 1. 12. u. 13. Abt. bei Renter, Finkenstr. 29a. 13. u. 14. Abt. bei Kleinert, Jagowstraße, Ecke Ledebaustraße. 16. u. 17. Abt. bei Sadsch, Lindower Straße 28. 18. u. 19. Abt. im „Schwebensicht“, Schweden- und Czergierstr. Ecke. 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstraße 5. 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestraße 104.
- Teltow-Deesow. Adlershof. Im Lokal Feuerstein, Bismarckstr. 82. Referent: Genosse Gröger. Rohnsdorf. Restaurant Grabow, am Bahnhof Grünau. Brig. Bei Bahr, Werderstr. 37. Charlottenburg. Volkshaus (Jugendheim).

Friedrichshagen. Bei Schulz, Wiesbadener Str. 78, Ecke Laubacher Straße.
Königsplatz. Im „Stadttheater“, Friedrichstr. 9.
Marientempel. Bei Staffei, Berliner Str. 133.
Neußeln. In den folgenden Lokalen: 1. bis 4. Bezirk bei Schulz, Reuterstr. 47, Ecke Senauststraße; 5. u. 6. Bezirk bei H. Schittler, Reichelstr. 5, Ecke Donaustraße; 7. bis 9. Bezirk bei Rob. Iden, Bobbinstr. 55, Ecke Hirschstraße; 11. Bezirk im Turnerheim, Böhmische Str. 13; 10. u. 12. Bezirk bei Kufusch, Wipperfurthstr. 1; 13. bis 17. Bezirk bei Joh. Gentel, Hermannstr. 178, Ecke Thomashofstraße; 18. bis 20. Bezirk bei Ed. Wichnow, Prinz-Handjerystraße 69; 21. bis 24. Bezirk bei Herm. Gentschel, Herrfurthstraße 27.
Schöneberg. 1. Bezirk: Paul Rilde, Kollenderstr. 16; 2. u. 3. Bezirk: Holger, Spiffhäuserstr. 16; 4. Bezirk: Karl Gentel, Reiningner Str. 8; 5. Bezirk: August Wehner, Koburger Str. 5; 6. Bezirk: Brod, Bahnh. 19/20; 8. Bezirk: Gottlieb Uth, Sedanstr. 17, und Paul Lehmann, Sedanstr. 53; 10. Bezirk: Paul Rathmann, Tempelhofer Str. 18a; 11. Bezirk: Lehmann, Bergstr. 1.
Steglitz. Bei Clement, Duppelstr. 7.
Tempelhof. Bei Müller, Berliner Str. 77. Vortrag.
Treptow-Baumgartenweg. Der Juni-Abend fällt aus.
Wilmersdorf. Im „Waldauer Hof“.
Wilmersdorf. Bei Jones, Durlacher Str. 8.

Reinickendorf-Ost. Bei Döhlner, Leßingstr. 50.
Reinickendorf-West. Bei Schiller, Antonienstr. 10.
Weißensee. Bei Starke, Charlottenburger Str. 3.
Kaulsdorf (Ordnung). Die Mitgliederversammlung findet heute nicht statt. Zur nächsten Versammlung erfolgt extra Einladung.
Genossen und Genossinnen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehen, sind als Gäste in allen Versammlungen und Zusammenkünften willkommen. Beiträge sowie Neuaufnahmen werden entgegengenommen.
Auskunft über Parteianglegenheiten in Groß-Berlin erteilt das Bezirkssekretariat, SO. 68, Lindenstr. 3, Hof 2, 3 Treppen. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 364.

Riste ein, die er vernagelt. Darauf verkaufte er die gesamte Einrichtung seines Hauses einschließlich der Riste. Sodann entfernte er sich mit seinem Kinde. Erst am zweiten Tag hörte man die Hilferufe der eingeschlossenen Frau und befreite sie.

Jugendveranstaltungen.

Weißensee. Arbeiterjugend. Sonntag, den 17. Juni wird Herr Dr. Nag Schütte eine Führung durch den Botanischen Garten in Zahlen veranstalten. Treffpunkt: Straßenbahnhaltestelle „Schloß Weichensee“ mittags 12 Uhr. Teilnehmerinnen a 20 Pf. sind im Jugendheim, Charlottenburger Straße Ecke Tassostraße, zu haben.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.
Tempelhof. Donnerstag nachmittags 5 1/2 Uhr im Gemeindezimmer, Dorstr. 42.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Lederkunde haben nächste Woche abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung Montag, den 18. Juni, Köpenicker Str. 62. Vortrag. Nach demselben praktische Verhandlungen. Gäste haben einmündigen freien Zutritt. — Sonntag, den 17. Juni, Familienausflug nach Jungfernheide. Treffpunkt nachmittags zwischen 2-3 Uhr im Vergnügungspark, Tegeler Weg 74/75.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Vorwiegend heiter und trocken, die wenig veränderlichen Temperaturen; besonders im Süden fröhliche Gewitter.

Ganz plötzlich und unerwartet starb am Sonnabend, 2. Juni, unsere innigste, herzlichste und unerschöpfliche Tochter
Johanna
 im Alter von 18 Jahren.
 Dies zeigt an in namenlosem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen 26125
 Die trauernden Eltern
Paul u. Emilie Rude.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, 14. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des Gesehmanne-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Am 10. d. Mts. nach unerwartet mein langjähriger Mitarbeiter, mein erster Auslöcher
Gustav Hinze
 im Alter von 56 Jahren.
 Sein fleiß. Geschäftsgewandtheit und nie verlassende Arbeitskraft war vorbildlich. Ich werde ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren. 48122
 Berlin, den 11. Juni 1917.
 Andreasstr. 40.
F. O. Rauch.

Unser Mitarbeiter, der erste Auslöcher
Gustav Hinze
 ist am 10. d. Mts. nach kurzer Krankheit verstorben.
 Wir betrauern den Verlust eines Mannes von treuherziger Schaffenskraft, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.
 Berlin, den 11. Juni 1917.
 Andreasstr. 40. 48122
Das Personal der Firma F. O. Rauch.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuss,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-215/10) störung. Teilzahlung. Sprechstunden: 11-1 und 6-8
Spezialarzt
Dr. med. Coleman
 für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden, Ehrlich-Hata-Kuren, (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
 Königstr. 34-36, Stadtbhf. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Die Bekanntmachungen des Oberkommandos in den Marken, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von rohen Reb-, Dam-, und Gembwild-, Hunde-, Schweine- und Seehundstücken, von Balkohühnern, Kamm- und Gänsestücken, sowie von Leber daraus, und Höchstpreise von Reb-, Rot-, Dam-, Gembwild-, Hunde-, Schweine- und Seehundstücken treten am 13. Juni 1917 in Kraft.
 Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Aufschlagstulen und in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.
 Berlin, den 13. Juni 1917.
 366. I. Ril. 17. Der Vizepräsident.

Nerven- u. Stoffwechselleiden,
 insbesondere Magen- und Darmleiden, Gicht und Rheumatismus, Zuckerkrankheit, Nervenschwäche, Adorverkalkung, Herzleiden, Hautkrankheiten, Schwächezustände, Lungenleiden, Nieren- u. Leberleiden. Vorzügliche Erfolge selbst in veralteten Fällen, ohne jede Berufsstörung durch naturgemäße Heilweisen:
Sauerstoffkuren und künstl. Höhensonne.
Harn-, Auswurf- u. Blutuntersuchungen.
 Sprechstunden 9-10 1/2, 3-4 1/2 Uhr. Sonntags 10-11 Uhr.
Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium,
 Berlin 117, Wilhelmstr. 94-96. Verlangen Sie Gratisprospekt.

Vornehmste Fahrradbereitung „Eluce“
 angenehmes, sicheres Fahren, vollster Gummiersatz
 Bereifung A für Luxusräder. M. 80,—
 B für Last-, Militär- und Posträder M. 25,—
 Laufwerke und Luftschluche sind zum Füllen einzusenden.
Lechner & Crebert, Mannheim-Rheinau,

Spezial-Angebot unseres
Schmierwaschmittels „Germania“
 bester Ersatz für Schmierseife, vorzügliche Qualität, außerordentlich sparsam im Gebrauch. Lieferbar in Waggonladungen. — Pro bekübel von 25-60 kg zum Konsumentenpreis. (Gegen Nachnahme pro Pfund 60 Pf. festgesetzt).
 Vertreter unter günstigen Bedingungen gesucht.
„Germania“ Fabrik kosmetischer und technischer Präparate.
 Berlin W 57, Bülowstr. 66. — Telephon Lützow 8249.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
 Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
 Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (Dauer 10 Tage), Ehrlich-Hata-Kuren, (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung. Teilzahlung. Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.
Meine Flechte
 ist deren Befreiung mit den besten seit einem Jahre als wirksamen Mittel versichert worden, die aber nicht selten, ist jetzt durch die Spezialmittel los
verschwunden.
 Charlottenburg, Walter W., Reichs Medizinisch, seit 25 Jahren tätig, bewährt.
 Otto Reichel, Berlin 43, Offenbacherstr. 4.

Sektorkorken
 bis 25 Pfennig,
Weinkorken
 3 1/2 Pfennig
 sowie alle anderen Sorten gebräute und neue Korken kauft
W. Nelke,
 Berlin, Krausenstr. 75
 (neben Komplinski)
 u. Steglitz, Bergstr. 2.
 9-12, 3-7.

Für Schuhmacher
Gestanzte Flecke (gelebt), gemischt, in allen Größen. Pfd. 5 M
Ovale Sohlenschoner, gemischt, in drei Größen. 4 . . .
Runde Schonner in 5- und 10-Pf.-Größen. 3 . . .
Bruno Senfuss, Leder-Abfälle, Weichensee, Langhansstr. 31, Tel. Weich. 191

Pelz = Umarbeitungen werden jetzt
 nach den neuesten Modellen ausgeführt
 Billigste Preisberechnung.
R. M. Maassen Gm. d. H.
 Oranienstr. 165. Leipzigerstr. 42

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
 C. 25, Hantelstr. 4 I.

Bekanntmachung.
 Auf den Antrag des Vorstandes der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin vom 31. März 1917 hat das Versicherungsausschuss der Stadt Berlin, Beschlussfassung, in der nicht öffentlichen Sitzung vom 30. Mai 1917 beschlossen:
 „Sämtliche launungsmäßigen Wiederleistungen, soweit sie nicht mit Genehmigung des Versicherungsausschusses bereits wieder eingeführt sind, werden wieder zugelassen.
 Die Wiederleistungen sind vom Tage der Zustellung dieses Beschlusses ab zu gewähren.“
 Tgh. Nr. 751 Berl. H. R. 17.
 Zugestellt am 8. Juni 1917.
 Bekanntgegeben 26085
 Berlin, den 13. Juni 1917.
Der Vorstand.
Aug. Daehne, R. Freund,
 Vorsitzender. Schriftführer.

Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg.
 Hiermit zur gefälligen Kenntnis, das ab Freitag, den 15. Juni 1917, in allen Krankheitsfällen eine unentgeltliche Fürsorge- und Beratungstelle für unsere Mitglieder und deren Angehörige eröffnet wird.
 Während des Krieges finden die Beratungen wochentäglich vormittags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr, abends von 7 bis 8 Uhr, statt.
 Die Nachmittags-Sprechstunden müssen bis auf weiteres in der Wohnung des Herrn Dr. Zeller, Berlin, Landberger Str. 17, in der Zeit von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr abgehalten werden.
 Eine Veränderung dieser Sprechstunden, welche nach dem Krieg vorgenommen wird, bringen wir jederzeit zur Kenntnis.
 Als Ausweis gelten für Versicherungspflichtige Mitglieder und deren Angehörige der Reichsbahnschritt oder eine vom Arbeitgeber ausgestellte, gestempelte Bescheinigung; für freiwillige Mitglieder und deren Angehörige die letzte Zahlungsquittung.
 Als Angehörige sind solche Personen zu betrachten, die mit dem Mitglied zusammen einen gemeinschaftlichen Haushalt führen, nicht selbst versicherungspflichtig sind und vom Mitglied unterhalten werden.
Der Vorstand 277/11
 der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg.
 O. Seikel, Vorsitzender.

Radfahren dürfen
 Sie auf unserer Original-Standard-Fahrrad-Bereifung? Beste der Gegenwart, leichtes Fahren, gefälliges Aussehen. **Standard-Company**
 Berlin S., Kottbuscherdamm 91.
 Vertreter überall gesucht.

Vorwärts-Abonnenten erhalten 20 Prozent Rabatt,
 wenn sie bei Kaufgabe von Substanz, Kleinen Angehörigen, die Abonnementsquittung mit Substanz vorweisen.
Watz 300 M.,
 an Igl. Wald, Waller, Bahnstation, A. 753, Gerstmanns Annoncen-Bureau, Alexanderplatz. 282/111

Reisemäntel
 Seidenmäntel, imprägnierter Betongummi, gesetzlich geschützt, Prachtstücke, wundervolle Farbstellungen 150,- 120,- 100,- 75,-
 Stanbmäntel, wasserdicht, teils Friedensstoffe 50,- 35,- 25,-
 Kurze Taftjacken, für jeden Rock pass. 45,- 35,- 25,-
 Korsett-Mäntel, lang und kurz, Stoffe, auch glatt mit Steppereien, 150,- 125,- 100,- 75,-
Reise-Kostüme
 Kammgarn, Seide, Tuch, Poulé, Modelle, leichte Aufmachungen, wundervolle Qualitäten, 275,- 250,- 200,- 175,- 150,-
 Feine Backfisch-Kostüme, Krusenstoff, Kollone, teils aus Friedensstoffen 100,- 75,- 50,- 45,-
Pelzmäntel
 wundervolle Ausführungen, Seal Electric mit Lina, Maulwurf in Ausführungen, teils mit breitem Pelzverbrämungen (solitane Exemplare) 1800,- 1200,- 900,- 675,-
 Fantastische Pelzmäntel, leichte Aufmachung 800,-
 Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung.
Plüschmäntel
 Seidplüsch, Velours du Nord, Mohair-Piloch, Astrachan, entzückende Ausführungen 550,- 375,- 250,- 200,- 150,-
 kurze Taftjacken, in Ausführungen 120,- 90,- 75,-
 Passendes für stärkste Figuren vorrätig.
Westmann
 L. Guschalt Mohrenstraße 27a. I. Guschalt Grosse Frankfurter Straße 115.
 Rabatmarken der Konsumentenvereinschaft Berlin und Umgegend

Unterirdische Kämpfe.

Von E. Hampe.

Bei ihrer Offensive in Flandern haben sich die Engländer gewaltiger Minensprengungen als neuesten Bluffs zur Einleitung ihrer Angriffe bedient. Dieses Kampfmittel ist immer schon während des bisherigen Stellungskrieges, wenn auch in geringerem Umfange, zur unmittelbaren und wirkungsvollen Vorbereitung einer geplanten Angriffshandlung beliebt gewesen. Die jeder Minensprengung zugrunde liegende Absicht, dem Gegner dabei möglichst empfindliche Verluste an Mannschafft und Material beizufügen, verspricht gerade für einen sofort folgenden Angriff besondere Vorteile, weil dann inzwischen der Gegner seinen rechtzeitigen Ersatz für seine Verluste zu beschaffen vermag. Reist richteten sich daher solche Minenangriffe gegen die unterirdischen Wohnhöhlen der feindlichen Grabenbesatzung. Vorheriges und gleichzeitiges auf dem Graben liegendes schweres Artillerie- und Minenwerferfeuer verfolgt hierbei den doppelten Zweck, die feindliche Besatzung in ihre Stollen zu treiben, als auch sie über den Knall der einzelnen Explosionen hinwegzutäuschen.

Bei nachfolgenden Stellungen bietet nämlich auch der durch die Sprengung entzündete große Erdtrichter eine willkommene gedeckte Annäherung an den zu stürmenden gegnerischen Graben. Bereitgestellte Trupps stürzen im Augenblick der Sprengung vor, besetzen den Trichter oder stürmen möglichst über ihn hinaus in die feindliche Stellung, indes besondere Arbeitstrupps sogleich in aller Eile einen Verbindungsgraben von der Ausgangsstellung zum Trichter und von diesem zur feindlichen Stellung herstellen. Ist der Knall der Sprengung nun im Gedröhne des schweren Feuers von der Grabenbesatzung überhört, so kann es wohl auf diese Weise dem Angreifer glücken, den Gegner in seiner Stellung zu überrumpeln und aufzurollen.

Eins der Hauptfordernisse für den Erfolg einer solchen Minensprengung bleibt also die Ueberraschung. Denn sobald ein Gegner die feindliche Absicht vorgezogen ertast, wird er rechtzeitig seine Sicherheitsmaßnahmen zu treffen vermögen. Sie bestehen in der Hauptache darin, daß der gefährdete Teil entweder ganz geräumt oder nur mit schwachen Postierungen besetzt, seine Ueberlegung nach den Planken vorbereitet und die allgemeine Alarmbereitschaft der Truppe erhöht werden wird. Bei solchen Gegenmaßnahmen wird der Gegner oft sich mit seiner Sprengung durch das sofort auf die bedrohte Stelle geleitete Sperrfeuer des Verteidigers nur selbst schädigen.

Wieweil läßt sich die feindliche unterirdische Arbeit schon äußerlich an der massenweis herausgeschafften und im Kampfgebiete verteilten frischen Erde erkennen. Ueberdies sind aber im Verlauf des Stellungskampfes, wo nicht schon selbst unterirdisch angrißweise vorgegraben worden ist, im Falle mitterbaren Bodens unterirdische Sicherungen getroffen worden. Zu diesem Zweck wird unter der Erde her vor der Stellung ein Querschollen vorgelegt und dieser mit Horchposten besetzt, die eine unterirdische Annäherung des Gegners rechtzeitig melden können.

Ist nun an einer Stelle feindliche Minierarbeit erkannt, so kommt es für den Verteidiger seinerseits darauf an, dem Gegner entgegenzuarbeiten und zuvorkommen, indem er ihn von unten her in die Luft sprengt oder aus nächster Nähe seitwärts quersicht. Der sich hierbei entwickelnde unterirdische Kampf stellt an die Nervenkraft der Beteiligten die höchsten Anforderungen. Denn der in seinem engen Stollen vorwärts arbeitende Mineur ist abgeschlossen von Licht und Luft, er ringt sich beim Schein eines Taschenlichtes oder der Taschenlampe und bei meist künstlich zugeführter Lüftung Luft um Luft in dem harten Gestein an den unsichtbaren Gegner heran. Seine Arbeit ist für ihn ein Wettkampf auf Leben und Tod, weil ein Vorsprung in der Arbeit zugleich meist für ihn den Sieg bedeutet.

In diesem dunklen unterirdischen Kampfe ist für den Krieger sein Gehör das einzige Organ, auf das er sich verlassen muß, und dessen Maß von Zuverlässigkeit für ihn Heil oder Wehe bedeutet. So fällt neben der Arbeit dem Hören eine Hauptrolle zu. Horchposten werden zwischen die Arbeitsstunden gelegt. Doch die vielen sonstigen Geräusche zwischen zwei Stellungen verwirren oft und leicht den Läufer. Dazu kommt, daß die unterschiedliche Durchlässigkeit der verschiedenen Gesteinsarten selbst das geschulte Ohr in der Richtung und Entfernung zu täuschen vermag. Da heißt es denn bis zur letzten Stunde Kaltblütigkeit bewahren und zur Sprengung selbst nach den geeignetsten Augenblick wahrzunehmen! Zuweilen hat auch der Gegner bereits seine Sprengladung fertig angebracht, so daß es sich nur um Bruchteile von Minuten handelt, welcher der beiden feindlichen Mineure zuerst mit seiner Sprengung loskommt.

Nur eine Arbeit, die auch geräuschlos vor sich geht, vermag den Vorteil der Täuschung und Ueberraschung zu sichern. Bei geräuschlos gegeneinanderarbeitenden Gegnern kann es sich ereignen, daß

plötzlich die beide Stollen noch trennende Wand niederbricht und sich die beiden Feinde nun im düsteren engen Gange Auge in Auge gegenübersehen. Dolch und Pistole sind die einzigen Waffen, die in diesem kurzen Kampfe Mann gegen Mann unter der Erde entscheiden. Wenn es gelingt, seinen plötzlich aufgetauchten Gegner zu überwältigen, dem winkt zugleich reichlicher Lohn. Er vermag nun den feindlichen Angriffsstollen aufzufüllen, ihn zu sprengen und damit die mühselige Arbeit langer Wochen für den Gegner zu vernichten. Doch auch hierzu gehört schneller Blick und kurzentschlossenes Handeln, weil die dafür zur Verfügung stehende ungestörte Frist meist äußerst knapp sein wird.

Die unangenehmste Nebenerscheinung bei allen Minensprengungen sind die sich dabei bildenden Vergiftungsgase. Diese unterirdisch erzeugten Kohlenoxydgase, die in wenigen Sekunden schon tödlich zu wirken vermögen, bedrohen nicht nur die unmittelbar betroffenen Sprengungsteile, sondern pflegen sich auch durch die Spalten des Erdgesteins in einem gewissen Umkreis fortzupflanzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Engländer bei ihren massenhaften Sprengungen neben den anderen Wirkungen auch diese tödliche Macht für ihre Rechnung gebucht haben mögen. Aber wo mit der Möglichkeit solcher Sprengungen zu rechnen ist, sind in solchen Stellungen auch die entsprechenden Rettungsmahnahmen vorgezogen.

Die Vulkane von San Salvador.

Der südamerikanische Kleinstaat San Salvador ist seit Menschengebenten eine unruhige Erde gewesen, und kann sogar in dem von tätigen Vulkanen durchzogenen Mittelamerika eine Gefährzonen erster Klasse genannt werden.

Zum erstenmal war ein Deutscher wohl im Jahr 1868 Zeuge eines großen Vulkanausbruchs in diesem Gebiet, der deutsche Konsul Auep, der damals eine großartige Silberberg seiner damaligen Erlebnisse gab. Er berichtete, daß an einem Malabend kurz vor Sonnenuntergang das Gebirge sich plötzlich mit einem dichten Nebel wie mit einer schweren Gewitterwolke bedeckte, ohne daß sich ein Lichtschein regte. Die Eingeborenen kannten diese Erscheinung als das sichere Anzeichen einer Katastrophe. Es dauerte kaum zwei Stunden, bis man durch das Gemüll einen Lichtschein wahrnahm, der allmählich immer stärker wurde, bis sich nach einer weiteren Stunde zwei weißglühende Lavaströme aus dem Vulkan heraus ergossen. Gleichzeitig wurde die Erde von einem heftigen Beben erschüttert. Obgleich die Nacht bereits völlig hereingebrochen war, erhellte die Lava die ganze Landschaft. Außer dem Schlagen aus dem Vulkan mächtige Flammen empor, bald blendend weiß, bald purpurn, zuweilen in langen Spiralen aufschlingelnd. Dazwischen kam noch ein bligähnliches Aufleuchten dazu; und rings um den Krater erstarrte es von allen erdenklichen Forderungen. Das Schauspiel war mit einem Getöse verbunden, das aber doch das Stürzen der mächtigen Baumstämme nicht ganz zu überbieten vermochte, die vom Glutstrom der Lava niedergemäht und dann in Asche verwandelt wurden.

Dieser Vulkanausbruch, der zeitig beschränkt war, wurde damals durch eine Anzahl von Naturforschern genauer untersucht. Nach einigen Wochen etwa konnten diese zum ersten Male einige Stellen des neuen Lavaströms erreichen und sich sogar bis zu kleinen Kratern und Rissen im Sattel des Vulkans vorarbeiten. Der erste auffällige Fund bestand in kristallinen Massen, bald von blendendem Weiß wie ein grobes Steinsalz, bald auch tief schwarz. In der Tat bestanden diese eigenartigen Gesteine fast ganz aus Salz. An einem der Lavaströme entrollte sich ein Bild herrlicher Verwitterung. Ganze Wälder waren hier in noch glühenden Gruben zu ungeheuren Aschenhaufen verwandelt worden, und noch immer mehr der wunderbaren Tropenstämme stärzten mit furchtbarem Krachen in die Hölle hinein. Das weitere Vordringen war mit äußerster Gefahr verbunden, da noch nach allen Seiten mächtige Flammen aus den Erdrissen herborstießen.

Dieser Lavaström hatte eine Länge von rund drei Kilometern bei einer Breite von 100 Metern und einer Mächtigkeit bis zu zehn Metern. Der ganze Vulkanberg schien überhaupt in einen Glutsee verwandelt zu sein, und man rechnete daher mit seinem völligen Zusammenbruch. Einen Monat nach diesem Ausbruch erfolgte noch eine minder schwere Explosion, die mit einem starken tonenschuhähnlichen Knall eine Wolke von Sand in die Luft schleuberte, der in beträchtlicher Entfernung niederfiel und große Zerstörungen auf den Feldern verursachte.

Der deutsche Forscher Prof. Sapper hat bei seinen Reisen in Mittelamerika auch dem Gebiet von San Salvador genauere Aufmerksamkeit geschenkt. Ramentlich dem Vulkan Jalaco, der sich im Jahr 1770 völlig neu bildete, indem er durch eine Kette von Ausbrüchen allmählich zu einer Meereshöhe von 1880 Metern emporwuchs. Er ist ein Vulkan von seltener Tätigkeit geblieben, bei dem kleine Ausbrüche in Abständen von nur 10—30 Minuten zu folgen pflegten. Dann gönnte er sich einige Jahre Ruhe, um dann um so

heftiger zu rumpeln. Ramentlich bei Nacht bot dieser Vulkan dem Auge ein großartiges Schauspiel, wenn er mit den gewaltigen glühenden Wölkern aus seinem Krater Hangball zu spielen schien.

Russisches Zeitungs-Deutsch.

Tagtäglich begegnet man in den Zeitungsberichten über die Vorgänge in Russland Ausdrücken wie Semstwo, Oktobristen, Rabetten u. dgl. m., deren Bedeutung dem Leser manchmal nicht ohne weiteres klar ist. Semstwo heißt auf deutsch eigentlich Landschaft, gemeint sind damit die russischen Verwaltungen, Bezirke und Kreise, die (seit 1864) Selbstverwaltung und Verfassung besitzen. Oktobristen ist die Bezeichnung für die Angehörigen der monarchisch-konstitutionellen Partei; der richtige Name lautet: Verband vom 17. Oktober und leitet sich von dem kaiserlichen Manifest vom 17. Oktober 1905 her, dessen Versprechungen er zu verwirklichen sucht. Mit den Rabetten sind nicht etwa die Offiziersanwärter gemeint, überhaupt leitet sich der Ausdruck nicht von dem französischen Wort „le cadet“ — der Jüngere her, sondern er ist aus den Anfangsbuchstaben der Worte konstitutionell und demokratisch (la de) zusammengesetzt und bezeichnet die Angehörigen der linksliberalen russischen Partei. Duma heißt wörtlich übersetzt: Rat. Bei den ältesten russischen Fürsten bildeten die Spitzen ihrer Begleichschaft, die Bojaren, den Rat; er bestand bis zu den Zeiten Peters des Großen; von da an entschieden die Zaren in allen Staatsangelegenheiten selbstherrlich (Autokratie). Seit 1905 hat das Wort Duma auf neue staatsrechtliche Bedeutung erlangt in der Reichsduma, womit die russische Volksvertretung, der russische Reichstag, bezeichnet wird.

Der Magnet als Schiffsladungsmittel.

Das Laden und Löschen spielt im Schiffsverkehr insofern eine immer wieder der Verbesserung bedürftige Rolle, als schnelleres Laden und Löschen auch eine bessere Ausnutzung der Schiffseinheiten, der Hafengebäude usw. ermöglichen. Außerdem sucht man das Laden und Löschen immer mehr mit Hilfe der Technik zu bewerkstelligen, um sich dabei von menschlichen Arbeitskräften möglichst unabhängig zu machen. Eine bedeutungsvolle Neuerung auf diesem Gebiete wurde kürzlich, wie dem „Prometheus“ entnommen werden kann, in den Vereinigten Staaten erprobt. Es wurde nämlich zum ersten Male der Magnet zum Befördern von Eisenladungen in den Schiffsraum oder aus demselben verwendet. Auf einem ständig zur Beförderung von Stahl- und Schienenisen benutzten Frachtdampfer baute die genannte Gesellschaft drei Elektromagneten ein. Während bisher das Eisen mit der Hand an den gewöhnlichen Dampfwinden befestigt werden mußte, wird es jetzt durch die Magneten an den Schiffsladewinden festgehalten, wodurch der ganze Vorgang des Ladens außerordentlich beschleunigt wird. Auch eine wesentliche Verbilligung des Ladegeschäfts soll durch das neue Verfahren möglich sein. Die Kosten der Uebernahme der Ladung von 2000 Tonnen mit den Magneten betragen 420 R., während sie sich bei der bisher üblichen Ladearbeit auf mehr als 2000 R. belaufen. Die drei Magneten können zusammen bei jedem einzelnen Quab 4 1/2 Tonnen übernehmen.

Notizen.

— Ueber Kuyplangen des türkischen Orients spricht Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Botanischen Garten zu Dahlem Prof. L. Diels. An den Vortrag schließt sich eine Besichtigung. Beides unentgeltlich.

— „Der liebe Augustin“, ein neues Volkstück, das in Wien aufgeführt wurde, ruft die Erinnerung nach an diese absterbende Art Literatur. Es ist von Julius Wittner, der schon in früheren Volkstücken seine künstlerische Bedeutung erwies. Niedmal bietet er Bilder aus dem Leben eines Wiener Originals; eines Volkstänzers. Besonders gelungen scheint der dritte Akt, der das Herinbrechen der Pest darstellt. Die Musik beschränkt sich mehr auf die begleitende Art.

— Eine norwegische Millionenstiftung für Kunst und Wissenschaft. Der deutsche Konsul in Bergen, Herr Konrad Mohr, hat eine Million Kronen zu einer Stiftung ausgeföhrt, deren Zinsen als Stipendien für Männer der Literatur, der Kunst und der Wissenschaft verwendet werden sollen. Die Stipendien sollen Kosten von Studienreisen ins Ausland decken und Angehörigen von fünf verschiedenen Gruppen zufallen. Dies sind Schriftsteller oder solche Personen, die literarische Studien treiben wollen; ferner Schauspieler, Johann Waser und Bildhauer, Journalisten und endlich Persönlichkeiten, die wissenschaftliche oder praktische Studien über den Sozialismus anstellen. Diese Stipendien werden je 4—5000 Kronen betragen. Die Stipendiaten sollen aus einer Vorkommissionsliste ausgewählt werden, die die doppelte Anzahl von Bewerbern enthält.

Der starke Mann.

Eine Schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

„Alles, damit kam er erst recht läbel an. „Nein, danke! Darauf verlaße ich mich ganz und gar nicht. Bei solchen Bauernköttern weiß man ja nie, woran man ist!“ versetzte sie giftig beziehungslos, des Offiziers Sachkunde höhnisch bezweifelnd. Dann überlegte sie mit dem unentbehrlichen Charly, ob man das arme Tier nicht am besten auf den Wagen laden solle. Der Herr Oberleutnant fand weiter keine Worte, das Mißgeschick aus der Welt zu schaffen. Es war ihm nicht einmal vergönnt, die Unglücksstätte von den rauchenden Schloten zu läubern. Die Kerle schienen ja nur darauf zu warten, ihm ihre schäbige Gleichberechtigung auf der Straße höhnisch unter die Nase zu reiben. Endlich entwand sich Mirza der lästigen Behandlung, die Perrin durch einige Sprünge überzeugend, daß er seine Schnellkraft bei der Auferstehung nicht eingebüßt habe.

„Na also, der braucht wahrhaftig keinen Bazarettwagen!“ sagte Lenggenhager in verfrüht aufmunterndem Ton. Es war ungelähr das Dämmste, was er in diesem Augenblicke tun konnte.

„Charly, so mach' doch, daß wir endlich nach Hause kommen. Wo ist meine Peitsche? Fig, fir!“ rief hingegen die empörte Patrizierin, der eine abgründliche Verachtung der ganzen verbauerten Umgegend aus den Augen sah. D, in welchen Hurat war sie da ganz ahnungslos hineingeraten! Sie hatte es einfach nicht für möglich gehalten, daß es in der Nähe von Treustadt noch so zurückgebliebene, ungeschlachte Menschen gäbe. „Nein, bleibe hier; du sollst dieses Haus nicht betreten. Sie würden dich womöglich noch ohrfeigen.“ gab sie schroffen Gegenbeschl, als der Offizier das Würschchen nach der Stube wies. „Genügt es Ihnen nicht, daß ich von Ihren Leuten wie eine Dirne geschimpft wurde?“

Ganz bleich vor Kummer packte Adolf Lenggenhager ihre stehenden Hände. Er sah aus, als ob er jetzt zu allem fähig wäre. „Ich werde Ihnen Genugtuung verschaffen, Renée. Mein Ehrentwort. Entweder haben Sie morgen einen Entschuldigungsbrief von meinem Alten in Händen, oder ich sage mich regelrecht von ihm los. — so wahr ich Lenggenhager heiße!“ hörte sie ihn zähneknirschend sprechen. Es war

eine solche Gut und Ergebenheit in seinem Blick, daß sich ihr laues, weiterwendisches Herz wider Willen daran entzündete. Gleichwohl machte sie sich ungestüm von seiner Umklammerung frei und erklomm, seine Stütze abweichend, ihren Thron.

„Jedenfalls können Sie mir nicht zumuten, daß ich jemals wieder hierherkomme. Mit solch ungehobeltem Volk will ich keine Verührung!“ beschied sie ihn grausam, indem sie Pferd und Wagen gewandt beidrehte. Da war sie auch wieder vollkommen auf der Höhe. Ueberlegen mit eingeknicktem Auge streifte sie das schadenstroh grürende Partierre und die neugierige Galerie. Es sah aus, als könne sie von ihrem Sitz herab verfügen, daß die Sonne in diesen Erdenwinkel nie mehr scheine. Der Groom mußte im Fahren aufspringen. Wenn er bei dieser Gelegenheit ungeschickterweise unter die Räder geriet, so hatte das offenbar nichts zu bedeuten. Genug, sie fuhr schlemmig davon und ließ den dummdreisten Bauernhochmut weit hinter sich zurück. Er reichte noch nicht einmal an ihren Rocksaum. O Gott! Handelten diese armen Leute nicht mit Schweinen? Also konnte sie unmöglich anständige Manieren von ihnen erwarten. Nein wirklich, dieser junge Lenggenhager war im Grunde doch sehr zu bewundern! Wie hatte er sich aus so niedrigen Verhältnissen zu so vortrefflicher Lebensart aufgeschwungen? Die große Zukunft konnte nicht schief schlagen. Nur mußte er noch reinen Tisch mit seiner kleinen Vergangenheit machen.

Der Zurückgebliebene blühte dem entweichenden Lebensräffel ungeliebt, kummervoll nach; innerlich mitgerissen, schritt er eine Weile in der Richtung des Wagens fort, der für seine trunkenen Augen ein feuriger war. Das hatte sich denn eigentlich ereignet? Nur ein Zusammenstoß zwischen Alt und Neu. . . . Und die Trümmer lagen rauhend in seiner Brust. Aber ein Schwanken — nein, das gab es für ihn nicht mehr. Hier herrschte Enge, Dummheit, Kleinmütigkeit Beharrlichkeit; dort drüben an dem sonnigeren Ufer waren die Verhältnisse groß, die Menschen frei, zum Herrschen geschaffen.

Er war noch keine zehn Schritte gegangen, als von dem zum Bahnhof führenden Fußweg her Rutter und Bruder in die Heerstraße einbogen. Die beiden mußten vor dem Steigerischen Wagen zur Seite treten. Doch kaum war dieser

an ihnen vorüber, schien Frau Lenggenhager schon etwas erraten zu haben. Sie blickte der fahrenden Pracht aufgeregt nach und winkte dann ihrem Jüngsten, ob er den Wagen nicht durch Jurist zum Anhalten bringen wolle. Der Oberleutnant gab den beiden mit finsterner Miene die Hand und berichtete in dürren, von Haß durchzitterten Worten, was sich soeben zugetragen hatte. Er knipfte ferner die Betrachtung daran, daß es ihm der Vater unmöglich mache, sich zu Hause setzen zu lassen. Auch sein hartes Entweder-Oder gab er ihnen zu erkennen.

Der Pfarrer mißbilligte jedoch des Bruders Verlangen. „Bewahre, das tut der Vater keinesfalls. Eher läßt er dich fahren. Dafür solltest du ihn kennen.“ Er hat zwar in Beschränktheit, aber ganz ehrlich und ohne beleidigende Absicht gehandelt. Anpassungsvermögen besitzt er nun einmal nicht. Früher oder später wäre der Spunnen doch herausgetrieben worden und der Groll gegen die aristokratische Schwiegereltern zum Ausdruck gekommen. Es ist vielleicht besser so.“

Die Mutter beklagte zwar das Mißgeschick und versprach den üblen Eindruck irgendwie auszumergen. Allein in beiden Reden spürte Adolf einen fränkenden Fatalismus, ein unausgesprochenes: „In Gottes Namen denn — wenn du nicht anders kannst!“

Der Pfarrer war um einen halben Kopf kleiner als sein Bruder und glich ganz dem Vater. In seinem bannkräftigen Blick glänzte jedoch ein weicher Schimmer von Güte, der weder dem Vater noch dem Bruder eigen war. Eine mehr von innen kommende Würde abelte seine Züge, und das Männliche in seinem Wesen unterschied sich auch sehr von der kraftbetonten prahlischen Art des Offiziers. Auf Neugierlichkeiten hielt er offenbar wenig; sein Gehrod hatte etwas zu viel, die geschnitzten Schuhe zu wenig Glanz; auch der Umlegtragen mit den schwarzen Knöpfen verriet den anspruchlosen Landpfarrer. Nur der umtrittene Fiedel des Mannes, dem kasanienbraunen Bart schien er eine ausgiebige Pflege angebehen zu lassen.

Uebrigens kam Adolf bald dahinter, daß heute seinerwegen so etwas wie ein Familienrat abgehalten werden sollte. Der geistliche Herr hielt mit seinem Kummer nicht lange hinterm Berge.

(Fortf. folgt.)

